

Wöchentlich 86 Bl., monatlich 2,60 M.,
im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.,
einchl. Postgebühr, Auslandsbekann-
machung 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, „Wahlkreis-Verlag“, „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Technik“, „Bild in die
Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Beratgeber: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstr. 3

Dienstag
19. Juni 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Komposition
50 Zeilen, Melametzelle 8.— Reichs-
markt „Klein-Anzeigen“ das ein-
gedruckte Wort 25 Pfennig (inkl. des
eingedruckten Wortes), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 63 Pfennig. Familienanzeigen für
Kontanten Seite 64 Pfennig. Anzeigen-
entnahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 3, wochentags von 8½ bis 17 Uhr.

Bessere Beziehungen zu Rußland.

Die „Iswestija“ an die deutsche Sozialdemokratie.

Während die „Pravda“ die rein sachlichen Ausführungen des „Vorwärts“ über das neue kommunistische Weltprogramm zum Anlaß nimmt, um die deutschen Sozialdemokraten im Stil der „Roten Fahne“ zu beschimpfen, beschäftigt sich die „Iswestija“, das Regierungsorgan, in erfreulich ruhigem Ton mit der Stellung der Sozialdemokratie als einer kommenden Regierungspartei zu den Problemen der auswärtigen Politik. Die „Iswestija“ meint, daß der unbefriedigende Stand der Räumungsfrage für die Sozialdemokratie „kaum ein günstiges Zeichen in Richtung auf die Westorientierung“ sei, und verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß die neue deutsche Regierung von ihren Vorgängerinnen neben der westlichen Orientierung auch eine östliche übernehme. Sie fährt dann wörtlich fort:

In den letzten sechs Jahren haben sich die Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion gestärkt und entwickelt, ungeachtet einer Reihe von Schwierigkeiten und zeitweiliger Verlangsamung des Tempos. Die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen Deutschlands mit der Sowjetunion, entsprungen nicht nur den richtig verstandenen Interessen beider Länder, sondern sie dienen auch der Sicherung des Friedens. Wir kennen das Programm des neuen Kabinetts nicht. Dies hindert uns aber nicht, die nächste Etappe der deutsch-russischen Beziehungen zur Sprache zu bringen. Indem wir auch in Zukunft Züge, die für die internationale Rolle und Wichtigkeit der deutsch-russischen Beziehungen charakteristisch sind, gelten lassen wollen, wie wir sie eben für die vorangehende Etappe gezeichnet haben, sind wir überzeugt, daß das Problem der neuen Etappe die weitere Stärkung und Vertiefung dieser Beziehungen sein muß. Die Sowjetregierung und die Sowjetöffentlichkeit sind der Ansicht, daß die Verträge, die Deutschland und die Sowjetunion aneinander binden, zwar notwendig, aber ungenügend, sind für die neue Etappe der deutsch-russischen Beziehungen.

Wenn diese Etappe unsere Auffassung vom Wesen der deutsch-russischen Beziehungen widerpiegeln soll, so muß sie von neuen formalen, wie materiellen Elementen erfüllt werden. Diese Elemente kann man sich auf verschiedenen Gebieten wirkend vorstellen. Wir wollen sie jetzt nicht konkretisieren, sondern ziehen nur die Hauptlinie, längs deren, wie wir meinen, die weitere Entwicklung zwischen beiden Ländern vor sich gehen muß. Die Sozialdemokratie, die nun die verantwortliche Regierungspartei wird, schildert sich selbst als friedensfreundlich und als Befürworter einer Stärkung des internationalen Zusammenlebens. Wir haben keinen Grund, uns irgendwelche Illusionen in dieser Hinsicht zu machen. Aber selbstverständlich würde die Sowjetregierung jeden wirklichen Schritt begrüßen, der den Frieden und die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion förderte. Die nächste Zukunft wird zeigen, wie das neue Kabinett, an dessen Spitze die Sozialdemokratie steht, das Problem lösen will.

Wir begrüßen es aufrichtig, daß die „Iswestija“ eine weitere Besserung der deutsch-russischen Beziehungen unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung für möglich hält und den Wunsch nach ihr ausspricht. Diese Auffassungen und Wünsche begegnen sich mit den unseren. Gerade aber um dieser gemeinsamen Ziele willen ist volle Aufrichtigkeit der Aussprache notwendig.

Die Redaktion der „Iswestija“ kennt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gewiß gut genug, um zu wissen,

daß die von ihr als „Westorientierung“ bezeichnete Außenpolitik alten Ueberlieferungen der Partei schon aus der Vorkriegszeit entspricht. Für die Sozialdemokratie ist es ein unumstößlicher Grundsatz, daß es keine Sicherung des europäischen Friedens gibt ohne ein vertrauensvolles Zusammenwirken Deutschlands mit den Westmächten. Der unbefriedigende Stand der Räumungsfrage und der gleich ungeheuerliche wie unbefugte Versuch des polnischen Außenministers Jaleski, sich in diese Frage einzumischen, vermögen daher grundsätzlich nichts an ihrer Außenpolitik zu ändern.

Im Rahmen dieser Politik ist der weitere Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen keineswegs unmöglich, sondern vielmehr möglich und wünschenswert. Wir würden es für falsch und äußerst bedenklich halten, wenn Berlin seine guten Beziehungen zu Moskau als diplomatischen Trumpf gegen Paris und London ausspielen wollte; wir können nicht der sehr wünschenswerten Freundschaft mit Rußland das für Europa lebensnotwendige gute Einvernehmen zwischen Deutschland und den Westmächten opfern. Dagegen scheint uns die Rolle eines Mittlers, der auf beiden Seiten Vertrauen genießt und auf keiner Mißtrauen erweckt, der geographischen Lage Deutschlands und der geschichtlichen Entwicklung angemessen. In dieser Rolle kann Deutschland auch Rußland wertvolle Dienste leisten, indem es ihm den Alb des drohenden Interventionskrieges von der Brust nimmt. Die Sozialdemokratie ist, wie man wohl auch in Rußland weiß, die schärfste Gegnerin jeder Interventionspolitik. Leider hat es die russische Presse bisher versäumt, ihre Leser darüber aufzuklären, sie hat vielmehr aus Gründen der kommunistischen Propaganda das Gegenteil davon behauptet.

Daß man in Rußland von den Aufgaben des Sozialismus in Europa Vorstellungen hat, die von der erdrückenden Mehrheit der Arbeiterschaft abgelehnt werden, braucht für die Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen kein Hindernis zu sein. Gerade der Auffrag der „Iswestija“ beweist, daß diese Meinungsverschiedenheiten auch in sachlicher Form zum Ausdruck gebracht werden können. Man muß aber in Moskau verstehen, daß die Methode der deutschen Kommunisten, Rußland als das Musterland des Sozialismus zu preisen, die Sozialdemokratie zur Abwehr zwingt. Man muß weiter auch verstehen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein kann gegenüber der Art, wie die bolschewistischen Sozialisten in Rußland behandelt werden. Mag die künftige Entwicklung dazu führen, daß diese Gegensätze sich mildern, vor der Tatsache, daß sie heute noch bestehen, darf man nicht die Augen verschließen.

Es wird ein großer Fortschritt sein, wenn man einmal in Moskau erkennen wird, daß die Arbeiterbewegung eines jeden Landes das Recht hat, sich nach ihren eigenen Gesetzen zu entwickeln. Für die Sache des Sozialismus wird dadurch viel gewonnen sein. Soweit sind wir leider noch nicht. Aber da für uns deutsche Sozialdemokraten die Sache des Friedens mit der des Sozialismus untrennbar verbunden ist, können wir Außenpolitik nur als Friedenspolitik nach allen Seiten treiben. Darum freuen wir uns der Bereitschaft der „Iswestija“, die guten Beziehungen Rußlands zu einem sozialdemokratisch mitregierten Deutschland zu erhalten und noch weiter auszubauen.

neuen Systems, d. h. den Goldwert des neuen Franken, festsetzt; ferner eine neue Konvention mit der Bank von Frankreich über die Regelung der dem Staate gewährten Kredite.

Die französische Stabilisierung weist der Währungsreform in anderen Ländern gegenüber einige Unterschiede auf. Vor allem wird der neue Kurs nicht auf Dollar oder Pfund, sondern auf Goldwährung basiert sein. Das neue Gesetz fixiert den Goldgehalt der neuen Währungseinheit. Die Einlösbarkeit des Franken in Gold soll jedoch nur im Verkehr mit dem Ausland möglich sein, während sie für das Inland nach einiger Zeit aufgehoben wird. Neue Goldmünzen werden zunächst nicht in den Verkehr kommen. Man rechnet jedoch mit der Ausgabe von 5-, 10- und 25-Frankenstücken nach einiger Zeit. Ihr Wert dürfte den 1-, 2- und 5-Frankenstücken der Vorkriegszeit entsprechen.

Keine Auslieferung Bela Kuns.

Prozeßbeginn am 16. Juni.

Wien, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Der Prozeß gegen Bela Kun wegen Geheimbündels beginnt am 26. Juni. Die österreichische Regierung hat die Auslieferung an Ungarn inzwischen abgelehnt, weil Bela Kun russischer Staatsangehöriger ist.

Ausbau der Krisenfürsorge.

75 000 Arbeitslose stehen vor der Aussteuerung.

Am 30. Juni tritt die Krisenunterstützung für Arbeitslose teilweise außer Kraft. Mit diesem Zeitpunkt verlieren die Altempfänger von versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung und von Krisenunterstützung ihren Unterstützungsanspruch, weil die Schutzvorschriften des § 240 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an diesem Termin ablaufen.

Wenn nichts geschieht, wird am 30. Juni nach den letzten Ausweisen bei etwa 75 000 Arbeitslosen die Unterstützung eingestellt, ganz abgesehen von der Zahl derjenigen Arbeitslosen, deren Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung abläuft und die ebenfalls des Unterstützungsbezuges verlustig gehen. Das ist natürlich ein unerträglicher Zustand. Falls der Reichsarbeitsminister nicht von selbst unverzüglich die notwendigen Maßnahmen ergreift, muß es zu den ersten Aufgaben des demnächst zusammentretenden Reichstages gehören, durch rasches Eingreifen für ausreichende Hilfe zu sorgen.

Der Reichsarbeitsminister ist nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt verpflichtet, in Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung zuzulassen. Diese Voraussetzungen liegen zweifellos vor. Nach den letzten amtlichen Ausweisungen haben wir immer noch ein Heer von über 785 000 Unterstützungsempfängern! Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in dieser Zahl die tatsächliche Ungunst des Arbeitsmarktes nur unvollkommene Widerpiegelung findet. Durch die unzureichende Krisenfürsorge hat ein großer Teil der Arbeitslosen überhaupt keinen Unterstützungsanspruch, ein erheblicher anderer Teil verliert ihn vor Beendigung der Arbeitslosigkeit. Daraus erklärt sich das gewaltige Anwachsen der Unterstützungsempfänger bei der Wohlfahrtspflege. Das Reich drückt sich vor seiner Unterstützungsspflicht und wälzt die Lasten auf die Gemeinden ab. Die weitere Folge davon ist, daß die amtlichen Ausweise über die Unterstützungsempfänger niedriger erscheinen, als es den Tatsachen entspricht.

Das wird in vollem Umfange bestätigt durch die amtlichen Veröffentlichungen über die Inanspruchnahme und Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise. In diesen Zahlen sind sämtliche Arbeitsuchende auf dem Arbeitsmarkt enthalten; sie spiegeln also weit umfassender die wirkliche Lage des Arbeitsmarktes wider. Die letzten amtlichen Ausweise geben die Zahl der Arbeitsuchenden mit 1 386 514 an. Aus der Gegenüberstellung der Zahl der Arbeitsuchenden mit der Zahl der Unterstützungsempfänger ergibt sich gleichzeitig, daß über eine halbe Million Arbeitsuchender vorhanden ist, die keine Unterstützung erhalten. Damit werden die Mängel der gegenwärtigen Krisenfürsorge auch rein zahlenmäßig in geradezu erschütterndem Umfange bestätigt. Wir halten es für dringend erforderlich, daß die Reichsanstalt diesem Mißverhältnis ihre Aufmerksamkeit zuwendet und durch den Ausbau ihrer laufenden statistischen Erhebungen endlich die notwendige Klarheit schafft.

Wenn es nach den von uns angeführten Tatsachen keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Reichsarbeitsminister verpflichtet ist, die Krisenfürsorge zumindest in dem jetzigen Umfange aufrechtzuerhalten, so muß doch gleichzeitig betont werden, daß es mit einer einfachen Verlängerung der geltenden Bestimmungen für die Altempfänger nicht getan ist.

Eine ausreichende Hilfe ist nur möglich durch den Ausbau der Krisenfürsorge. Dieser muß sowohl hinsichtlich des anspruchsberechtigten Personalkreises als auch hinsichtlich der materiellen Leistungen erfolgen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten muß sich auf sämtliche Berufsgruppen erstrecken. Das muß sowohl für Arbeitslose, die die versicherungsmäßige Anwartschaft noch nicht erfüllt haben, aber wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, wie für Arbeitslose, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben, gelten. Ebenso notwendig ist aber auch eine Änderung der Verordnung über Krisenunterstützung für Arbeitslose, die den materiellen Inhalt regelt. Nach der Reichsverfassung soll für den notwendigen Unterhalt des Arbeitslosen gesorgt werden, soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann. Der Anspruch auf Unterstützung muß also für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit anerkannt werden; er findet sein natürliches Ende durch den Nachweis angemessener Arbeitsgelegenheit. Solange die Arbeitsnachweise dazu nicht in der Lage sind, darf der Staat den Arbeitslosen nicht zu einem willkürlichen Zeitpunkt einfach seinem Schicksal überlassen. Es kann auch nicht Aufgabe der Wohlfahrtspflege sein, die Unterstützung solcher Arbeitslosen fortzusetzen. Dazu ist sie weder da, noch ist sie durch ihre rechtliche Konstruktion diesen sozialen Erfordernissen gewachsen. Eine solche Regelung müßte auf die Dauer auch zu einer

Glückliche Landung der „Freundschaft“

Die erste Frau überquert den Ozean.

Das amerikanische Flugzeug „Freundschaft“ mit Miff Garhardt und den Piloten Stuk und Ellsworth an Bord ist nach 19 1/2 stündiger Fahrt glücklich in der Grafschaft Wales gelandet. Damit ist es zum ersten Male einer Frau gelungen, den Ozean zu überqueren. [Näherer Bericht in der ersten Beilage.]

Vorbereitung der Frankensabilisierung.

Unterschiede mit der Stabilisierung in anderen Ländern.

Paris, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Bei Vorbereitungen zur legalen Stabilisierung nehmen ihren Fortgang. Ueber den beabsichtigten Kurs ist auch jetzt noch nichts bekannt. Man nimmt an, daß er sich zwischen dem von der Bank von Frankreich vorgeschlagenen (126,6 für das Pfund — ein Fünftel des Vorkriegswertes) und dem gegenwärtigen von 124,20 halten wird. Die der Kammer vorzuliegenden Gesetzesentwürfe sind zweierlei Art: zunächst ein Gesetz, das die Modalitäten des

Gefährdung der einheitlichen Arbeitsnachweisorganisation führen.

Zu einem großen Unrecht hat sich auch die Begrenzung der Krisenunterstützungssätze in den höheren Lohnklassen entwickelt. Deshalb muß dafür gesorgt werden, daß die Unterstützungssätze in der Krisenfürsorge die gleichen sind wie in der Arbeitslosenversicherung.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung enthält die zwingende Vorschrift, daß die Krisenunterstützung nur an bedürftige Arbeitslose gewährt werden darf. Zur Befreiung dieser von uns immer bekämpften Vorschrift bedarf es also einer Änderung des Gesetzes. Dagegen ist es, genau so wie bei den bisher erhobenen Forderungen, ohne Gesetzesänderung möglich, die größten Härten zu beseitigen, die sich aus der Anrechnung von Einnahmen von Angehörigen des Arbeitslosen ergeben. Durch diese Anrechnung ergeben sich geradezu tolle Zustände. Ein paar Beispiele mögen das beleuchten:

In dem sonst kinderlosen Haushalt der Eltern lebt eine erwachsene Tochter, die ein uneheliches Kind zu versorgen hat. Der Vater verdient 28 Mark in der Woche, kann sich also nur kümmerlich mit seiner Frau ernähren. Die Tochter wird arbeitslos; sie gehört zur Lohnklasse III. Großmützig erkennt man die Bedürftigkeit an, infolge der entsprechenden Anrechnung des Einkommens des Vaters ergibt sich jedoch nur ein Unterstützungssatz von wöchentlich 2,80 Mark.

In einem anderen Falle hat die Mutter eine monatliche Pension von 80 Mark. Die erwachsene Tochter wird arbeitslos, sie gehört zur Lohnklasse II. Alles spricht also dafür, daß hier gehalten werden muß. Die Bedürftigkeit wird zwar anerkannt, aber aus der Anrechnung der Pension ergibt sich, daß zur Auszahlung nichts übrig bleibt.

In einem dritten Falle bezieht die Mutter eine wöchentliche Pension von 13,61 Mark, der Arbeitslose gehört zur Lohnklasse III. Durch die Anrechnung ergibt sich eine wöchentliche Krisenunterstützung von 79 Pf., so daß zwei Personen mit wöchentlich etwa 14,50 Mark ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Diese Beispiele zeigen, daß auch diese Vorschriften einer gründlichen Änderung bedürfen. Sie führen jetzt dazu, die Hilfe dort zu verlagern oder einzuschränken, wo sie am nötigsten ist.

Darum besteht die Notwendigkeit, unverzüglich die notwendigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, damit wenigstens ab 1. Juli eine vernünftige Regelung der Krisenunterstützung Platz greifen kann.

Um die neue Reichsregierung.

Verhandlungen zwischen den Fraktionen.

Die Erörterungen der Fraktionsführer der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei über die sachlichen Voraussetzungen zur Bildung einer Regierung wurden am Montag fortgesetzt. Vom Zentrum und von der Deutschen Volkspartei wurden ebenso wie bereits früher von der Sozialdemokratie Vorschläge für die Sozialpolitik, die Wirtschaftspolitik und die Steuerfragen vorgelegt. Ein abschließendes Ergebnis wurde nicht erzielt, da zuerst die Fraktionen über das Ergebnis der Ausprache unterrichtet werden sollen. Daher sind auch die Urteile verfrüht, die aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen optimistische oder pessimistische Schlussfolgerungen ziehen.

In den sozialpolitischen Fragen herrschte eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung. Allseitig wurde die Vorlegung neuer Gesetzentwürfe verlangt. Durch sie sollen der Arbeiterschutz, das Arbeitsrecht und die Sozialversicherung ausgebaut, vereinheitlicht und vereinfacht werden. Nur in der Frage, ob den Kleinrentnern ein Rechtsanspruch auf Unterstützung zuerkannt werden könne, gingen die Meinungen auseinander. Noch stärker wichen die Meinungen in der Wohnungsfrage voneinander ab.

Auch die Ausprache über die Steuerprobleme ergab keine Klärung. Sie erstreckte sich auf die Ermäßigung der Lohnsteuer, die Racherhebung der Vermögenssteuer, den Finanzausgleich, das Steuervereinfachungsgesetz, die Veranlagung der Einkommensteuer nach dreijährigem Durchschnitt, die Senkung des Tarifs der Einkommensteuer für mittlere Einkommen, den Wegfall der Kapitalertragsteuer und die Verwendung der Hauszinssteuer ausschließlich zum Wohnungsbau. Während die Notwendigkeit des Steuervereinfachungsgesetzes von fast allen Parteien anerkannt wurde, begegnete die Forderung der Sozialdemokraten auf sofortige Ermäßigung der Lohnsteuer und Racherhebung der restierenden Vermögenssteuer Widerstand.

Der Ausprache über die Wirtschaftspolitik lagen allgemeine Formulierungen der Sozialdemokratie und des Zentrums zugrunde. Auch hier wurde die Ausprache nicht zu Ende geführt, sondern vertagt, bis die Fraktionen Stellung genommen haben.

Die Verhandlungen der Fraktionsführer werden am Dienstag vormittag fortgesetzt. Bei dieser Gelegenheit werden auch die Fragen der Reichswehrpolitik und die Schulfrage zur Erörterung stehen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat jetzt zwei Ausschüsse eingesetzt, einen für Steuerfragen, einen für Wirtschafts- und Sozialpolitik, die der Fraktion Bericht erstatten sollen.

Und Preußen?

Die Volkspartei Preußens hat eine Verhandlungskommission gebildet, die aus den Abgeordneten Siendel, Schwarzhaupt, Dr. Heimann-Köln und Dr. Biemer besteht. Am Nachmittag tagt das Preußen-Zentrum im Landtag.

Wilhelm Plof, der kommunistische Abgeordnete, hat sein Mandat für den preußischen Landtag niedergelegt und das Mandat für den Reichstag angenommen. Nachfolger im Landtag wird Stadinspektor Roddahn, Berlin-Köpenick. Fraktionsführer der kommunistischen Landtagspartei wird an Stelle von Plof der Abg. Renger-Döhring.

Krach um Bazille!

Volkspartei droht mit Regierungskrise, Bauernbund mit Opposition.

Stuttgart, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Die Volkspartei hat auf einer Tagung ihres erweiterten Landesauschusses den bevorstehenden Sturz der neuen württembergischen Regierung angekündigt, falls die Rechte darauf beharre, Bazille als Kultusminister in der Regierung zu belassen. Der Vorsitzende der Partei, Abg. Rath, sagte am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede: „Die Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte ist noch wie vor ein erstrebenswertes Ziel, aber auch bei ruhiger Erwägung aller hereinspielenden Fragen ist es vollkommen ausgeschlossen, daß die Deutsche Volkspartei ihre bisherige Haltung aufgibt. Sie muß, sofern der Kultusminister Bazille und seine Partei kein Einsehen bekunden, die Verantwortung für die daraus entstehende Regierungskrise ablehnen.“

Eine Entschließung, in der die Haltung der Fraktion gebilligt und sie aufgefordert wird, an der bisher verfolgten klaren Linie festzuhalten, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Danach dürfte die Regierung Bolz-Bazille die am Dienstag im Anschluß an die Regierungserklärung eingehende politische Aussprache kaum überleben, es sei denn, daß der Bauernbund sich entschließt, Bazille als Kultusminister zu opfern. Diese Zumindehung hat er aber bisher auf das allerentschiedenste zurückgewiesen. Sein Organ schrieb erst vor wenigen Tagen im Anschluß an die Ablehnung des ersten Mißtrauensvotums gegen Bazille: „Entweder mit Bazille als Kultusminister in die Regierung oder ohne Bazille raus aus der Regierung und hinein in die Opposition!“ Man kann daher der am Dienstag beginnenden Auseinandersetzung im württembergischen Landtag mit großem Interesse entgegensehen.

Liebesgaben der Volkspartei.

Eine Ueberraschung für das Land Baden.

Karlsruhe, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Einiges Ausschick hat im Lande Baden der Versuch der Volkspartei gemacht, die Gebäudeländersteuer für die Landwirtschaft, die übrigens für den einzelnen nur sehr gering ist, völlig aufzuheben. Dem Staat würden dadurch über 730.000 M. entzogen werden, der Wohnungsbau auf dem Lande würde 1.624.000 M. verlieren, so daß die gesamte Neubautätigkeit auf dem Lande in Frage gestellt wäre, und auch die Gemeinden hätten darunter zu leiden. Trotz dieser Tatsachen und obwohl die Regierung den Antrag schon aus bedenkungs-

politischen Gründen für unannehmbar erklärte, hielt die Volkspartei an dem Antrag fest. Sie hatte im Landtag nur die Deutschnationalen auf ihrer Seite und erlebte einen Durchfall — 13 gegen 4 Stimmen — mit Rufen und Trompeten. Aber so sind sie — Liebesgaben für die Großen, und mag der Wohnungsbau darüber ins Stocken geraten! Das Land Baden kann froh sein, daß es eine feste Weimarer Koalition hat.

Badens Arbeiterwohlfahrt.

Ein Jahr des Wachstums und der Arbeit.

Heidelberg, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Hier lagte am Sonntag und Sonntag die zweite Landeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Baden. Der Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Genosse Stadtrat Umann gab, zeigt, daß die Arbeiterwohlfahrt in Baden auf ein Jahr erfolgreicher Arbeit zurücksehen kann. Die Zahl der Ortsausschüsse wurde von 20 auf 35 erhöht. Neue Näh- und Kochschulen, ein Schüler- und ein Walderschulungsheim wurden errichtet. In Erholungsfürsorge wurden 1063, in Heime 119 Kinder gegeben. Im ganzen wurden 1563 Kinder betraut. Für örtliche Erholungsfürsorge wurde 20 Pf. für Unterbringung im Heim 70 Pf. pro Tag und Kind Zuschuß gewährt. Bei der Weihnachtsbescherung wurden 1800 Personen bedacht und 25.000 M. dafür aufgebracht. Für die Hochwasserbeschädigten in Sachsen wurden 2000 M. abgeführt.

Sehr schwer wog der Kampf, die Vertreter der Arbeiterwohlfahrt in die Fürsorgeverbände hineinzubringen, obwohl die badische Regierung hilfsbereit zur Seite stand. In einzelnen reaktionären landlichen Fürsorgeverbänden und in reaktionären Kommunen wie Baden-Baden stand man einer Vertretung der Arbeiterwohlfahrt ablehnend gegenüber. Bezeichnend war die ablehnende Begründung des Vorsitzenden des Bezirksfürsorgeverbandes Engen, die Sozialdemokraten brächten Unruhe in die Bezirksfürsorgeverbände hinein. Er mußte erst vom Ministerium des Innern eines besseren belehrt werden. Um dem Uebelstand abzuhelfen, wurde dem Landesauschluß einstimmig ein Antrag überwiesen, in der die Forderung aufgestellt wurde, daß die einzelnen Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt im Verhältnis zur politischen Stärke der Sozialdemokratie bei dem Ballzug der Fürsorge beteiligt werden, was insbesondere bei der Bestellung von ehrenamtlichen Bezirksvorstehern und Fürsorgern in der Armenfürsorge zum Ausdruck zu kommen hat.

Am Schluß der Tagung begaben sich die Konferenzteilnehmer geschlossen an Eberts Grab, wo man einen Kranz mit roter Aufschrift niederlegte.

Haltet fest am Gebet!

Evangelisch-sozialer Kongress gegen deutschnationalen Blasphemie.

Die Deutschnationalen, die sich nach außen hin als die Christlichen aller Christlichen aufspielen und damit einen guten Teil ihrer Wahltagation verlieren haben, erhalten jetzt von berufener Seite eine Quittung über ihr Treiben. In der Korrespondenz, die das Generalsekretariat des Evangelisch-sozialen Kongresses herausgibt, kann man lesen:

„In den vergangenen Wochen nach der Wahl ist wiederholt von kirchlicher Seite mit Recht ernste Kritik laut geworden über die Art und Weise, wie der Wahlkampf geführt worden ist. So hat es besonders bei allen ernsten Christen, ohne Unterschied der religiösen Stimmung und Richtung, einen peinlichen und verlegenden Eindruck gemacht, daß das feine und innige Thomas-Bild — Großmutter mit ihrem Enkel in der Bibel lesend — als Wahlplakat verwendet worden ist. Der Protest war nahezu einmütig und fand, ohne Unterschied der Partei, Unterstützung bei allen, denen die Heiligwürde des Christentums noch groß und ernst ist. Auch der Evangelisch-soziale Kongress hat sich in seiner Mitgliederversammlung anläßlich seiner großen Dresdener Tagung diesem Protest angeschlossen. Er hat dabei wohl bemerkt, daß mancher häßliche Angriff auf das Christentum vorausgegangen ist, daß aber trotzdem noch dem Evangelium alle diese noch so unheimlichen Angriffe eine derartige Erwiderung, durch die das Heilige zum Unheiligen herabgedrückt wird, nicht rechtfertigen.“

Es ist uns unbekannt, von welcher Seite die ernste Kritik stammt. Eine offene Zurückweisung des deutschnationalen Mißbrauchs christlicher Symbole zu niedrigsten wahlpropagandistischen Zwecken durch die evangelischen Kirchenbehörden hat man bisher vergebens gesucht. Im Gegenteil, mehr als einmal haben Vertreter der evangelischen Kirche ihr Amt und die Kirche zu wahlpropagandistischen Zwecken in deutschnationalen Sinne mißbraucht. Sie haben damit das selbe getan, was vom Generalsekretariat des Evangelisch-sozialen Kongresses so scharf gegeißelt wird. Bezeichnend, daß diese Zurückweisung erst jetzt, vier Wochen nach der blasphemischen Wahlplakate Verantwortlichen, des Vorstandes blasphemischer Wahlplakate Verantwortlichen, des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei, erfolgt!

Nachträgliche Helden!

Deutschnationalen und Bonifed.

Mit zahlreichen anderen Reichsblättern hatte das Postorenblatt „Der Reichsbote“ die völlige Passivität der deutschnationalen Landtagsabgeordneten bei dem tätlichen Angriff der Kommunisten auf den „Christlich-nationalen Bauer“ Bonifed kritisiert. Nun behauptet der Geschäftsführer der deutschnationalen Landtagsfraktion, daß die Behauptungen des „Reichsboten“ auf „völliger Unkenntnis der geschehenen Dinge“ beruhen. Nach seiner Darstellung hätten sich zunächst zwei Deutschnationalen zwischen Bonifed und seine Angreifer geworfen, sodann hätten ihn zwei weitere Deutschnationalen solange gedeckt, bis er in die Reihe seiner eigenen Fraktionsfreunde gestürzt wäre, von wo aus er zwischen die Hände der Deutschen Volkspartei und des Zentrums gedrängt worden sei. Die Zuschrift schließt mit der „Feststellung“, daß „soweit eine Kritikentwicklung in den engen Stufen zwischen den Parteien möglich war, die Deutschnationalen ihre Hilfe nicht verweigert haben.“

Diese Darstellung widerspricht dem Tatbestand, den mindestens tausend Menschen im Saal und von den Galerien aus genau

verfolgen konnten. Keine Hand hat sich zum Schutze Bonifeds gerührt, weder eine deutschnationalen, noch eine christlich-nationale, noch eine „christlich-nationale“. Die Deutschnationalen stunden ausnahmslos passiv umher und beobachteten als Zuschauer, wie Bonifed von einem halben Dutzend Kommunisten überfallen wurde. Dieses Verhalten ist selbst von deutschnationalen Pressevertretern sofort mit Empörung festgestellt und eben von ihnen hat in einem führenden rechtsgerichteten Provinzialblatt die Schilderung dieser Szene mit dem gegen seine eigenen Parteifreunde gerichteten Aufschrei geschlossen: „Eine feige Gesellschaft!“

Wichtig ist, daß sich die Deutschnationalen (scharf) um Bonifed drängten und ihm die Hände schüttelten, als er eine halbe Stunde später mit verbundenem Kopfe wieder den Saal betrat! Dadurch ist ihr klägliches Verhalten in dem Augenblick, wo es darauf ankam, Solidarität zu zeigen, nur noch häßlicher erschienen. Ganz reizend mutet es aber an, wenn die Haltung der Deutschnationalen Landtagsfraktion die Tatsachen nachträglich auf den Kopf stellt und die „feige Gesellschaft“ als eine Schaar von Helden hinzustellen vorzuzieht!

Otto Hammann gestorben.

Bülows Vertrauensmann.

In Fürstberg in Mecklenburg ist der langjährige Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor a. D. Otto Hammann, im Alter von 76 Jahren gestorben.

Obwohl er während seiner Amtszeit, die von 1893 bis zur Erreichung der Altersgrenze im Jahre 1916 währte, wenig in der Öffentlichkeit hervortrat, hatte Hammann hinter den Kulissen der hohen Politik eine hervorragende Rolle gespielt. Darin lag er seinem größten Widersacher, dem verhängnisvollen Baron Hofstein, der ein „Mann im Dunkel“ im besten Sinne des Wortes war, Hammann, der als literarischer, sodann als politischer Mitarbeiter nationalliberaler Blätter begonnen hatte, war vom Reichskanzler Caprivi ins Auswärtige Amt berufen worden, insbesondere zur Abwehr einer gegen den „neuen Kurs“ gerichteten Pressekampagne. Im Laufe der Jahre spielte sich kein Gegenstand zu verdrängen. Vielmehr wurde Hammann der besondere Vertrauensmann Bülows, und am Ende eines zähen, unterirdischen Kampfes wußte der allgemein verhasste und gefürchtete Hofstein gehen.

Unter dem kaiserlichen Regime war der Verkehr zwischen Regierung und Presse ein fast unbekannter Begriff. Hammann galt daher als ein Pionier auf diesem Gebiete, weil er sich herabließ, als Ministerialdirektor mit einigen „benutzten“ Journalisten zu konferieren. Und diese wenigen genossen dann in bürgerlichen Journalistenkreisen ungeheures Ansehen, weil sie das Amtszimmer eines leibhaftigen Geheimrats betreten durften. Hammann hatte die Vorteile eines solchen Verkehrs für seinen hohen Herrn, den Reichskanzler, erkannt: Bülow genoh während seiner Kanzlerschaft sogar in der demokratischen Presse einen fast übertriebenen Auf und perkannte diese Ueberschätzung der täglichen Bearbeitung einiger Journalisten durch seinen Pressechef Hammann.

Im Ruhestand hat Hammann einige interessante Erinnerungsbücher veröffentlicht: „Der neue Kurs“, „Im den Kaiser“, „Bilder aus der letzten Kaiserzeit“ und „Der mißverständliche Bismarck“. Diese Bücher haben dazu beigetragen, Einblick in die politischen und persönlichen Verhältnisse der letzten zwanzig Jahre vor dem Krieg zu gewähren und werden von Historikern dieser verbananistischen wilhelminischen Periode als Quelle zitiert. Besonders die früher in tiefster Dunkel gehüllte Tätigkeit der „Mausen mit den Hyänenaugen, Hofstein“, ist durch die Hammannschen Veröffentlichungen in wertvoller Weise kargelagert worden.

Das Frauenwahlrecht in England.

London, 18. Juni.

Das Oberhaus hat den Gesetzentwurf, der den Frauen im Alter von 21 Jahren das gleiche Wahlrecht verleiht wie den Männern, in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Der Entwurf, der bereits im Unterhaus angenommen worden war, wird nun Gesetz werden.

London, 18. Juni.

Die Frauenrechtlerin Pankhurst wurde heute unter großer Beteiligung von Frauen aus London und ganz England auf dem Friedhof von Brompton bestattet.

Rücktritt des Sprechers im englischen Unterhause.

London, 18. Juni.

Im Unterhause stellte heute der Sprecher Whitley formell das Gesuch, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand von seinem Amt, das er seit über sieben Jahren innegehabt hat, bei Schluß der morgigen Unterhausung entlassen zu werden. Baldwin, MacDonald und Lloyd George gaben ihrem tiefen Bedauern über diesen Entschluß Ausdruck. Die Wahl des neuen Sprechers, des Konservativen Fyfe, wird Mittwoch vorgenommen werden.

Deutschland und Oesterreich.

Eröffnung der Handelsvertragsverhandlungen.

Wien, 18. Juni.

Im Bundeskanzleramt wurden heute die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich eröffnet. Die beiden Vorstehenden, auf deutscher Seite Ministerialdirektor Dr. Ritter und auf österreichischer Seite Sektionschef Dr. Schüller, gaben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten durch den jetzt in Verhandlung stehenden Vertrag, der auf einer möglichst breiten Basis abgeschlossen werden soll, wesentlich zu fördern.

Deutschland und Wirtschaftskonferenz.

Reichstagsabgeordneter Oskar Meier fährt nach Versailles.

Das Generalsekretariat der interparlamentarischen Wirtschaftskonferenz, die in Versailles zusammengetreten ist, hat an Reichstagspräsidenten Löbe telegraphiert, man möge wenigstens einen deutschen Parlamentarier entsenden, um die geplante Einladung nach Berlin zur nächstjährigen Konferenz persönlich den Delegierten zu übermitteln. Löbe hat daraufhin zurückgefragt, daß man diesem Wunsch durch sofortige Entsendung des demokratischen Reichstagsabgeordneten Oskar Meier, Staatssekretär 3. D., entsprechen werde.

Schule und Republik.

Tagung des republikanischen Lehrerbundes.

Frankfurt a. M., 18. Juni (Eigenbericht).

Unter dem Vorsitz von Rektor Boas fand am Sonntag in Frankfurt eine stark besuchte Tagung des deutschen republikanischen Lehrerbundes statt. Auswärtige Professore Dr. Becker hatte der Tagung brieflich den besten Erfolg gewünscht. Ferner waren Vertreter des Freistaates Hessen, des Oberpräsidenten von Hessen-Rheinland und verschiedener anderer Behörden anwesend. Auch die republikanischen Parteien hatten Vertreter entsandt.

Universitätsprofessor Dr. Meier leitete die Tagung durch einen Vortrag ein, in dem das Thema der Tagung gestellt war „Erziehen zur republikanischen Menschheit“.

Als erster Hauptredner behandelte Universitätsprofessor Dr. Deffauer-Frankfurt das Thema vom Gedanken der Demokratie aus, die auch von der christlichen Weltanschauung gefördert werde.

Oberschulrat Dr. Deiters-Kassel legte die Frage in das Gebiet der höheren Schulen und schilderte die außerordentlichen Schwierigkeiten, die der republikanischen Erziehungsarbeit deshalb erwachsen, weil vor allem die Jugend der höheren Schulen erfüllt sei von dem Gedanken des sozialen Privilegs und weil wegen des besonderen Charakters ihrer Lehrerschaft auch diese noch bedenklich lebensfremd sei. Dr. Deiters forderte, daß in höheren Schulen der Weg ins reale Leben gegangen und ins reale Leben vorgelassen werde. Hierzu sei notwendig, die falschen Ideologien, das Erbe der Vergangenheit zu durchbrechen. Mit den balancierenden Geschichtsbüchern der letzten Jahre müsse Schluss gemacht werden. Es sei notwendig, auch in den höheren Schulen zum gegenwärtigen Leben vorzustoßen, und der erste praktische Weg sei die Republikanisierung der Lehrerschaft an den höheren Schulen, die von der Pädagogik zur Politik und zum sozialen Dienst kommen müssen.

Rektor Bickel-Kassel behandelte das Thema im Sinne der Volksschule.

An die öffentliche Sitzung schloß sich noch eine interne Tagung an, in der Organisationsfragen besprochen wurden.

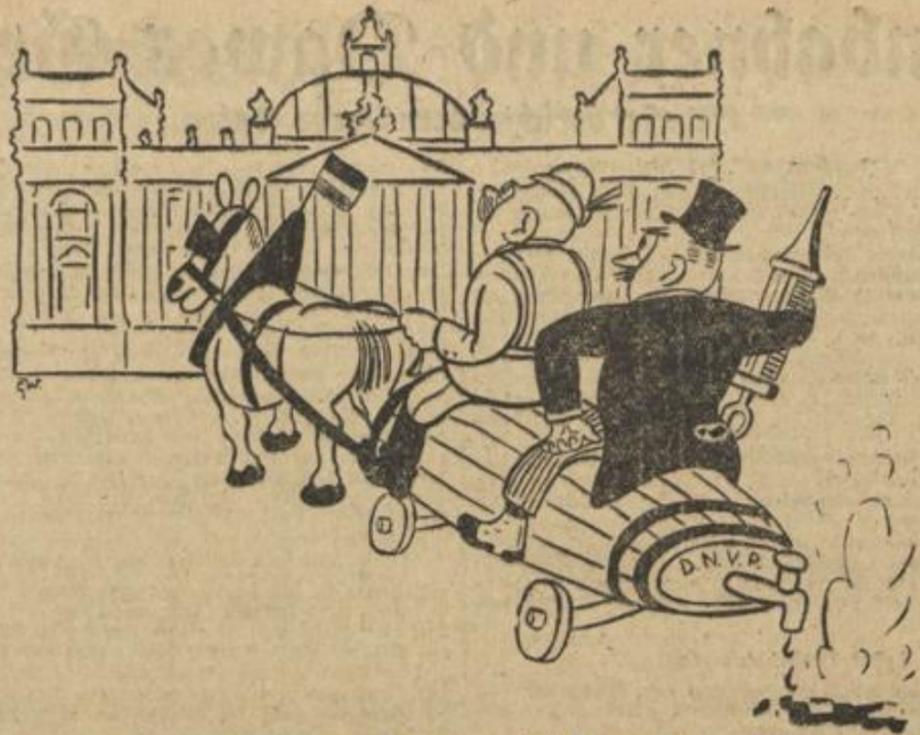
Umschulung der Rationalisierungsoffer.

Die Sozialdemokraten haben im Landtag einen Antrag eingebracht, worin sie ausführen, daß die „ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und die Existenz von Gemeinden, lediglich vom Profitinteresse des Kapitals durchgeführte Rationalisierung der Großindustrie“ in verschiedenen Landesteilen, besonders aber im Siegerland und in Niederrhein zu einer großen Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt habe. Das Staatsministerium wird ersucht, mit der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der durch Rationalisierung herbeigeführten verstärkten und dauernden Arbeitslosigkeit namentlich in diesen Gebieten durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten anderer Art abgeholfen werde.

Fernflug Friedrichshafen-Kalifornien?

New York, 18. Juni.

„Associated Press“ meldet aus Long Beach (Kalifornien): Bürgermeister Hauge kündigte heute an, er habe von Dr. E. C. Cener die Nachricht erhalten, daß der neue Zeppelin, der in Friedrichshafen seiner Vollendung entgegengeht, im Juli einen direkten Fernflug von Friedrichshafen nach Long Beach versuchen werde. Die Ankunft des Luftschiffes wird während der in Long Beach stattfindenden Ausstellung der pazifischen Südküsten-Staaten erfolgen. Die Beamten der Ausstellung erklärten, sie würden die Washingtoner Regierung ersuchen, den in Panama befindlichen transportablen Verankerungsmaß nach Long Beach schaffen zu lassen.



Die nationale Opposition rüstet zum Angriff!

Moskauer Programmdebatte.

Nette Aussichten: Erst Hungersnot — dann Wiederzulassung kleiner Kapitalisten!

Die „Pravda“ vom 14. Juni eröffnet in einer Beilage, die als Nr. 1 bezeichnet wird, die Diskussion zum Programmentwurf der Kommunistischen Internationale. Unter den drei Artikeln, die diese Beilage bringt, verdient ganz besonderes Interesse der des ungarischen Kommunisten Barga, der unter den Wirtschaftlern der Sowjetrepublik eine bedeutende Rolle spielt. Der Artikel trägt die Überschrift „Das Ubergangsstadium vom Kapitalismus zum Sozialismus — Kriegskommunismus und die Neue Oekonomische Politik“. Barga führt u. a. aus:

Bei der Erörterung des Programmentwurfes ergaben sich in der Frage über die Wahrscheinlichkeit des Kriegskommunismus grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Genossen Bucharin, dessen Ansicht sich die Programmkommission schließlich zu eigen gemacht hat. In dem Programmentwurf heißt es:

„Im Zusammenhang mit der möglichen militärischen Intervention der Kapitalisten und einem langwierigen konterrevolutionären Kriege kann sich die Notwendigkeit einer Wirtschaftspolitik des Kriegskommunismus ergeben.“

Das bedeutet, daß der Kriegskommunismus eine Ausnahme sein würde, die Regel jedoch der Ubergang des Kapitalismus unmittelbar zur Rep. (neuen ökonomischen Politik). Im Gegensatz zu dieser Ansicht bin ich auf Grund der russischen und der ungarischen Erfahrungen der Meinung — und ich habe auch einen entsprechenden Zusatz in Vorschlag gebracht —, daß in allen neuen Fällen der proletarischen Diktatur, die isoliert von der U.S.S.R. entstehen dürften, der Kriegskommunismus die Regel sein würde, die neue ökonomische Politik dagegen die Ausnahme. Ist es nun möglich, in einem isolierten Staat der proletarischen Diktatur das Stadium des Kriegskommunismus zu vermeiden? Ist nach der Erringung der Macht ein gleichzeitiges Bestehen des Privateigentums an Produktionsmitteln wie des Systems des freien Handels und des sozialistischen Teils der Wirtschaft möglich? Oder folgt aus der Notwendigkeit, die isolierte Diktatur des Proletariats zu verteidigen, daß ein teilweiser oder vollständiger auf kürzere oder längere Dauer vorhergehender Kriegskommunismus eingeführt werde? Ich bin der letzteren Ansicht und möchte sie in der Hauptsache mit den Erfahrungen der ungarischen Sowjetrepublik begründen.

1. Die Erringung der Macht ist nur im Augenblick einer akuten revolutionären Situation möglich, nur im Falle einer tiefgehenden Krise innerhalb der regierenden Klassen, die sie unfähig machen, dem Ansturm des Proletariats erfolgreichen Widerstand zu leisten.

2. Diese Krise innerhalb der regierenden Klassen, als Voraussetzung einer akuten revolutionären Situation, bei der allein die Erringung der Macht möglich ist, tritt nur bei sehr tiefgehender Zerstörung der Wirtschaft ein. Das Proletariat nimmt somit die Wirtschaft in einem Zustand der Zerstörung, mit anderen Worten bei einer verminderten Produktivität in Besitz.

3. Diese Zerstörung der Wirtschaft ist gleichbedeutend mit der Zunahme der Not

innerhalb der breiten Massen des Proletariats und der Dorfarmut. Die Macht der Bourgeoisie kann nur durch die entscheidende Teilnahme dieser beiden Faktoren gebrochen werden, es kann dies unter keinen Umständen bloß durch die in der kommunistischen Partei organisierte Avantgarde geschehen. Die breiten Massen des Proletariats erwarten aber vom Siege eine sofortige Verbesserung ihrer materiellen Lage.

4. Diese Verbesserung der materiellen Lage der breiten Volksmassen kann aber unter keinen Umständen bei Beginn der Diktatur als Ergebnis einer gesteigerten Produktion messbar werden. Im Gegenteil, diese Produktion wird zu Beginn der Diktatur unvermeidlich und fortgesetzt fallen, und zwar aus folgenden Gründen:

a) Mit dem Zusammenbruch der Klassenherrschaft der Bourgeoisie sinkt die mit der Klassendisziplin verbundene Arbeitsdisziplin auch in den Betrieben. Es bedarf einer längeren Zeit, bis eine neue proletarische Arbeitsdisziplin entsteht. Daher die Senkung der Produktivität der Arbeit.

b) Die besten und besonders klugen Arbeiter werden aus dem Produktionsprozeß herausgezogen und in die rote Armee, die Vermaltung und dergleichen mehr verlegt.

c) Hinzu kommen ferner der wirtschaftliche Bankrott der kapitalistischen Länder, der in Verbindung mit der inneren konterrevolutionären Situation zu einer Umstellung der Wirtschaft zu einer Kriegswirtschaft führt; die Notwendigkeit, die Luxusindustrie für Herstellung der alltäglichen Bedarfserzeugnisse um-

zustellen; die Sabotage des qualifizierten technischen Personals und dergleichen mehr.

All das führt dazu, daß zu Beginn der Diktatur die Produktion der Industrie sinkt und daß die Forderung des Proletariats nach Hebung ihres Lebensniveaus nicht befriedigt werden kann.

5. Die der Erringung der Macht vorhergehende Krise des Kapitalismus führt zu einer Inflation, zu einer Entwertung des Geldes. Dieser Umstand wieder veranlaßt die Bauern, ihr Brot zurückzuhalten, während die Großbauern schon aus politischen Gründen die Großstädte boykottieren. Vor dem städtischen Proletariat erhebt sich deshalb

die Gefahr einer Hungersnot.

Diese Tatsachen zwingen den proletarischen Staat, ob er es will oder nicht, die Vorräte der Bourgeoisie und des wohlhabenden Bauerntums zu konfiszieren, um auf diese Weise wenigstens einige Bedürfnisse des Proletariats zu befriedigen. Es handelt sich dabei um Wohnungen, Kleider, Schuhe in den Städten, um die Konfiszierung der landwirtschaftlichen Geräte in den Dörfern. (!) Andererseits führt die Forderung des Proletariats nach Erhöhung des Arbeitslohnes unter gegebenen Verhältnissen zur weiteren Entwertung des Geldes; eine wirkliche Verbesserung der materiellen Lage bedeutet diese Erhöhung des Lohnes nicht.

Aber alle diese Maßnahmen führen dazu, daß man gewissermaßen zur Naturalwirtschaft zurückkehrt; die Bauern z. B. produzieren nur das, was sie zum Leben nötig haben, das Bürgertum stellt teilweise die Produktion vollständig ein. Eine gewisse Rolle spielt dabei auch der Umstand, daß der Versuch gemacht wird, dem neuen Regime mannigfaltige Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Aus all dem geht hervor, daß in jedem Staat mit proletarischer Diktatur die wirtschaftliche Nachterregung des Staates anfangs weit über das Zweckmäßige hinausgehen wird, und daß erst ganz allmählich eine

Wiederherstellung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit der Bauern, der Handwerker und der kleinen Kapitalisten

stattfinden wird. Zu Beginn der Diktatur des Proletariats ist der geradlinige unmittelbare Ubergang vom Kapitalismus zum Kommunismus, d. h. das Hineinwachen des Kriegskommunismus in den vollkommenen Kommunismus ebenso unmöglich, wie die neue ökonomische Politik.

Also erst inszeniert man eine Hungersnot und dann führt man, weil es ja doch nicht anders geht, den Kapitalismus teilweise wieder ein! Das ist ja auch der Weg, den der Bolschewismus in Rußland tatsächlich gegangen ist. Der Gedanke aber, daß sich eine politisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft wie die deutsche eine solche Eisenbarrikade gefallen lassen würde, ist absurd. Auch die kommunistischen Wähler würden nicht mehr mitmachen, wenn versucht werden sollte, diese unsinnigen Theorien in die Praxis zu überführen.

Polnischer Rüstungswahnsinn.

Alles für das Heer — nichts für das Volk!

Warschau, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Polen rüstet ununterbrochen. In den Ghettosquartieren seiner Städte grassiert die Schwinducht. Von Sozialpolitik und Sozialhygiene ist kaum eine Spur. 40 Prozent der Rekruten sind Analphabeten und physisch so schlecht entwickelt, daß sie nur mit Mühe und Not zu Durchschnittssoldaten herangebildet werden können. Aber es wird gerüstet! Im vergangenen Jahre hat die Regierung den Haushalt des Kriegsministeriums um 214 Millionen Zloty, das sind 35 Prozent, eigenmächtig überschritten. Der Vorschlag für das Jahr 1928/29 ist um 136 Millionen Zloty, das sind 22 Prozent, erhöht worden. Aber schon wird angekündigt, daß diese Summe nicht ausreichen würde und weiterhin überschritten werden müßte. Das Kriegsministerium fordert bereits laut Vorschlag 800 Millionen Zloty, das sind 35 Prozent des Gesamthaushalts für das Militär! Unerträgliche Summen!

Der deutsche Ingenieur Seebold ist in Warschau eingetroffen und hat sich dem obersten Reichsbeamten zur Verfügung gestellt, wobei er schriftlich erklärte, daß die von Seebold gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht der Wahrheit entsprechen.

und fällt aber mit der Kuslage Nagels. Da erscheint es nicht verständlich, daß das Gericht den Totastermin abgelehnt hat. Es handelt sich doch hier um einen bisher unbestraften Menschen, der auch seine Frau nachweislich nie roh behandelt hat. Es war auch durchaus keine zerrüttete Ehe. Und der Frau kann im großen und ganzen ebenso wenig schlechtes nachgelagt werden wie dem Mann. Um so tragischer erscheint der Fall.

Hinter den Kulissen der Ufa.

Unsaubere Ufa-Wäsche vor Gericht.

Die Ufa wäscht in aller Öffentlichkeit ihre schmutzige Wäsche. Gewissermaßen die Einleitung des „Großreinemachens“ bildete gestern eine Gerichtsverhandlung im Landgericht III. Hier handelte es sich nur um ein Zivilverfahren: Die Ufa fordert von ihrem früheren Direktor Jacob auf dem Wege der Regreßklage die Rückzahlung von 1600000 Mark, um die er sie angeblich durch schätzlösen Ankauf unwerthbarer amerikanischer Filme geschädigt hat. Und gerade gestern wurde der frühere Ufa-Direktor Jacob zum erstenmal vom Staatsanwalt in der Strafsache vernommen, die gegen ihn von der Ufa anhängig gemacht worden ist. Die Beschuldigungen lauten auf Unterschlagung, Betrug, Urkundenfälschung, Urkundenunterdrückung und Untreue gegen die eigene Firma. Eine hübsche Blütenlese!

Es wird von Jacob behauptet, daß er von Fabrikanten, die der Ufa Filme verkaufen, Provisionen erhalten und daß eine Reklamefirma „Epoche“ ihm mehrere Tausend Mark gezahlt habe, daß er Kalkulationsblätter habe verschwinden lassen und inkorrekte weise Endabrechnungen mancher Filme günstiger habe erscheinen lassen; daß er Silber, das aus altem Filmmaterial gewonnen wird, sich angeeignet und Infraterrechnungen der „Bildschirmbühne“ zweimal beglichen habe und dergleichen mehr. Direktor Jacob bestritt das alles. Jedenfalls stehen Emantionen bevor. In der gestrigen Gerichtsverhandlung behaupteten aber Jacobs Vertreter, die Rechtsanwälte Dr. Hlatau und Dr. Apfel, daß

Die Ufa ähnlich wie die Norma-Werke in ihrem privaten Interesse den Justizapparat in Bewegung gesetzt

hätten und daß der Gegenstand der strafrechtlichen Ermittlungen der gleiche sei wie der Gegenstand des Zivilprozesses. Sie beantragten deshalb die Aussetzung eines Teiles des Zivilverfahrens bis zur Erledigung des Strafverfahrens. Das Gericht lehnte den Antrag ab und nun erfährt man aus der Verhandlung, worum es eigentlich geht. Das, was man erfährt, war wenig erhebdend, aber um so charakteristischer für die Zustände in der Filmindustrie im allgemeinen und in der Ufa im speziellen.

Die Vertreter des Herrn Jacob schilderten, wie im Jahre 1925 die Ufa, der es damals schon schlecht ging, unermüdlich Pläne gezeichnet wäre, falls die amerikanischen Filmunternehmen Metro und Paramount die Ufa, ihre Filmproduktion nach Deutschland zu übertragen, vermittelte hätten. Herr Direktor Jacob wurde beauftragt, mit den beiden Firmen Verhandlungen zu führen. Sie dauerten wochenlang und fanden unter Teilnahme der ganzen

Verwaltung, auch des Direktors von Strauß von der Deutschen Bank statt. Schließlich kam man zu einer Einigung. Die Ufa kaufte Paramount etwa 40 Filme für 2 Millionen Mark und Metro 25 Filme für 1,6 Millionen ab. Paramount verpflichtete sich, im Laufe von fünf Viertel Jahren ein selbständiges Verleihinstitut in Deutschland nicht zu errichten, auch keine Theater in Deutschland zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Auch Metro war durch den Erwerb seiner Filme in Deutschland lahmgelegt. Die Ufa hatte jetzt freien Raum für die Entfaltung ihrer Tätigkeit. Sie hoffte auch, indem sie die amerikanischen Filmgewaltigen zu ihren Gläubigern machte, sie zu einem größeren Darlehen zu veranlassen. Und tatsächlich gelang es ihr, von der Paramount ein Darlehen in der Höhe von 17 Millionen Mark zu erhalten, mit deren Hilfe sie sich lanieren sollte. In Wirklichkeit aber floßen die

17 Millionen direkt in die Kassen der Deutschen Bank.

Direktor von Strauß hatte mit aller Macht darauf gedrungen, daß der Vertrag noch vor dem 31. Dezember zustande kam, damit von der Bilanz der Deutschen Bank die Schuld der Ufa gestrichen werden könne. Herr von Strauß mußte vor der Deutschen Bank rein dastehen. Dies die Darstellung der Vertreter des Direktors Jacob. Nicht er, erklärten die Vertreter, trage die Schuld an den großen Verlusten der Ufa, sondern die Verwaltung der Ufa. Die amerikanischen Filme habe er mit Wissen und Einverständnis der Verwaltung erworben, der hohe Preis sei für die Großfilme gezahlt worden.

Schließlich habe die Generalversammlung der Ufa dem Direktor Jacob Entlohnung erteilt. Angesichts des Einspruchs des Frankfurter Rechtsanwalts Adler habe eine Zwischenberatung stattgefunden, auf der beschlossen wurde, die Entlohnung zu erteilen, da widrigenfalls möglicherweise auch noch an andere Mitglieder der Verwaltung Regreßforderungen gestellt würden. Entsprechend diesem Beschlusse habe der Ufa-Direktor Rausch auf der Generalversammlung erklärt, daß die Ermittlung hinsichtlich der zu stellenden Regreßansprüche negativ ausgefallen seien, worauf mit 217 000 gegen etwa 300 Stimmen die Entlohnung auch erteilt worden sei.

Der Vertreter der Ufa, Rechtsanwalt Zimmer, meinte darauf, daß auf derselben Generalversammlung die möglichen Regreßansprüche trotz der Entlohnung vorbehalten wurden und daß Jacob für den fabriklässigen Erwerb der Filme, für die die Kontingente fehlten, verantwortlich zu machen sei. Das Gericht setzte den Verkündungstermin für den 12. Juli fest.

Explosion in einer Metallgießerei.

Minenzünder im Schrott. — Zwei Arbeiter verletzt.

In dem Metallwerk von H. Laue in der Residenzstr. 62/64 in Reinickendorf-Ost ereignete sich ein schweres Explosionsunglück, bei dem ein Arbeiter schwer, ein anderer leichter verletzt wurde.

Die Explosion ist wahrscheinlich auf ein verhängnisvolles Versähen zurückzuführen. In dem Messingschrott, das einem Schmelzofen zugeführt werden sollte, befand sich ein Minenzünder, der beim Sortieren der Ausmerksamkeit der Arbeiter erwischt war. Als die Metallteile in den Schmelzofen geschüttet wurden, explodierte plötzlich der Minenzünder und riß den Ofen auseinander. Der 41jährige Gießereigehilfe Josef Woloski aus der Konigsstr. 13 und der 27jährige Gießereiarbeiter Max Boll aus der Niederstraße 4 in Wilhelmshorst, die in der Nähe des Explosionsherdes arbeiteten, wurden von herumschlagenden Metallteilen getroffen und verletzt. W. hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er sofort in das Hedwigskrankenhaus gebracht werden mußte. Die Verletzungen Bolls sind glücklicherweise nicht so schwerer Natur.

Ein bildstatistisches Museum.

Angliederung an das Gesundheitshaus Kreuzberg.

Der im „Vorwärts“ bereits erörterte Gedanke, in Berlin ein bildstatistisches Museum nach Art des Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums zu schaffen, soll im Verwaltungsbereich Kreuzberg verwirklicht werden. Das Bezirksamt Kreuzberg hat der Bezirksversammlung einen Plan vorgelegt, ein Museum dieser Art dem schon seit Jahren bestehenden Gesundheitshaus Kreuzberg als besondere Abteilung anzugliedern.

Auf der „Gefolge“-Ausstellung in Düsseldorf erregten, sagt die Begründung der Vorlage, die statistischen Schaubilder des Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums durch ihre empfindsame, den Sinngehalt des Bildes sofort verdeutlichende Darstellungsmethode allgemeine Aufmerksamkeit. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum hat eine eigene, auf langen Erfahrungen beruhende Ausstellungstechnik ausgebildet, die den Zweck verfolgt, gesellschaftliche Erscheinungen und Vorgänge darzustellen, um besondere Zahlenverhältnisse durch Bildsymbole und leicht verständliche Anordnungen von Linien, Flächen und Körpern zur plastischen Anschaulichkeit zu bringen und so die Statistik und die sich aus ihr ergebenden gesellschaftlichen Zusammenhänge leichter zugänglich zu machen. Das Museum wird in Wien auch zu Unterrichtszwecken verwendet und dient dazu, durch Anschaulichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Heimatstadt, den heimatkundlichen Unterricht zu vertiefen und zu beleben.

Das für Berlin geplante Museum soll das Berliner Leben in seinen verschiedenartigen Ausprägungen darstellen, z. B. besonders die Arbeit der Berliner Kommunalverwaltung, das Verkehrs- und Wohnungswesen, die Ernährung, Sozialhygiene, Wohnungswesen, Sozialversicherung usw. Späterer Erwägung soll der in den Vorbesprechungen aufgeworfene Gedanke vorbehalten bleiben, die beabsichtigte bildstatistische Abteilung zu einer Zentralstelle zu machen, die durch Wanderausstellungen, Ausleihe des Bildmaterials an die einzelnen Schulen usw. zur Ergänzung des Schulunterrichts beiträgt und besonders auch die Unterrichtung der Berufsschüler durch Darstellung der allgemeinen und der speziellen berufswirtschaftlichen Verhältnisse fördert.

Gegen Kriegsverherrlichung.

Infolge der im „Vorwärts“ gebrachten Meldung von dem Plan früherer Offiziere des Pionierbataillons, in Berlin-Südwest auf dem Kaiser-Friedrich-Platz ein in die Garnisonstrasse sich anschließendes Friederichdenkmal aufzustellen, hat in der Bezirksversammlung Kreuzberg die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingereicht, der das Bezirksamt auffordert, die Aufstellung zu verhindern. Der Antrag hebt hervor, daß dieses Denkmal eine Verherrlichung des Krieges bedeutet und daß es auf öffentlichem Platz stehend für die Mehrzahl der Bürger ein Vergnügen sein würde.

Erfolg bei den Freidenkern.

Die Delegiertenkonferenz des Berliner Bezirks der Freidenker fand am Sonnabend im Rathaus Neukölln statt. Neben einer Reihe von Anträgen stand die Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung in Leipzig auf der Tagesordnung. Die Konferenz begann, wie die erste, mit einer „großangelegten“ Rede des Oppositionsführers Bengsch. Monatslang schrieb die Kommunisten: Die Verbandsgeneralversammlung einberufen! Selbst die bürgerlichen Gerichte wurden von den Kommunisten alarmiert, um das Recht der Mitglieder auf eine Generalversammlung zu sichern. Jetzt hat die Verbandsgeneralversammlung eingeladen, und nun ist es wieder nicht recht! Jetzt haben die Kommunisten entdeckt, daß eine derartige Konferenz nicht statutenmäßig sein würde. In langen Ausführungen beschloßen die Kommunisten, daß sie nun gar nichts mehr zu sagen hätten. Aber trotzdem ließen sie doch Delegierte hinsenden. Sie entdeckten sogar ihr demokratisches Herz und verlangten von der Mehrheit der Versammlung, daß ihnen Delegierte zugesandt werden. Nach langen Reden entschmeten sie dann die Wahlhandlung durch Obstruktion. Es half aber alles nichts, die Liste „Verbandsaufbau“ hatte für die 42 Delegierten Kandidaten vorgeschlagen, die auch gewählt wurden. Da Berlin von 100 Delegierte auf der Hauptgeneralversammlung 42 stellt, ist die Wit der Kommunisten über ihre Niederlage verständlich. Auch die Delegiertenwahlen im Reich haben meist mit einem Sieg der Liste „Verbandsaufbau“ geendet, so daß die Hoffnung besteht, daß die Kommunisten auch auf der Generalversammlung wenig zu sagen haben. Im Interesse der gesunden Entwicklung der Freidenkerbewegung ist es zu begrüßen, daß die Kommunisten immer weniger Möglichkeit erhalten, ihre Spaltearbeit im Freidenkerverband fortzuführen.

Der Neustrelitzer Mordprozeß.

Oberstaatsanwalt Müller beantragt Todesstrafe.

Der Neustrelitzer Mordprozeß Krüger-Bräuer, der letzte große Prozeß, den der im Juli Jakobowki erwähnte Oberstaatsanwalt Dr. Müller als Vertreter der Anklagebehörde vertritt, geht seinem Ende entgegen. Der Gutsbesitzer und der Versicherungsagent, die beschuldigt werden, den Anschlag auf gemeinschaftliche Verabredung hin gemordet zu haben, sollen nach Ansicht des Oberstaatsanwalts des Mordes schuldig sein; er hat gegen beide Angeklagte die Todesstrafe beantragt.

Einen bemerkenswerten Moment bildet die Vernehmung einer ehemaligen guten Freundin der Frau des Angeklagten Bräuer. Wie sie bezeugte, hat Frau Bräuer sie bei einem Besuche zu bestimmen versucht, auszusagen, daß sie, die Freundin, an dem Tage vor der von der Anklage behaupteten ärztlichen Untersuchung des Angeklagten Bräuer als kalther Rhode bei ihnen in Blankensee zu Besuch gewesen habe, was gar nicht der Fall war. Als die Freundin der Frau Bräuer erklärte, sie könne das nicht beschwören, gab ihr diese, die ihr alles auf einem Zettel aufgeschrieben hatte, zur Antwort, sie käme nicht zum Schwur. Auf Veranlassung der Eltern übergab dann die Freundin diesen Zettel dem Untersuchungsrichter.

Großes Interesse erregte dann die Vernehmung des Untersuchungsrichters, Landgerichtsrats Dr. Weber, dem der Angeklagte Krüger so gut wie ein Geständnis abgelegt hatte, der aber jetzt vom Angeklagten heftig angegriffen wird. Dr. Weber sagt: „Ich bestreite auch, Herrn und Frau Krüger hart behandelt zu haben. Bei Bräuer liegen die Dinge anders, und ich habe besonders Frau Bräuer unfreundlich behandelt. Ich hätte gar keine

Luft mehr, sie anzuhören, weil sie die Untersuchung in unruhiger Weise geführt hatte. Von vornherein machte sie Schwierigkeiten. Ich gewann den Eindruck, daß Bräuer und seine Frau sich über die Art der Verteidigung zu verständigen suchten. Daher wurde ich sehr heftig gegenüber Bräuer.“ Rechtsanwalt Dr. Bahn machte dann dem Untersuchungsrichter zahlreiche Vorhaltungen. Er fragte: „Hätten Sie nicht einen heftigen Austritt mit der Frau Bräuer, in dessen Verlauf Sie die Frau schroff aufforderten, die Hände, die sie in ihrer Aufregung in die kleinen Taschen ihres Strickjackets gesteckt hatte, herauszunehmen? Der Untersuchungsrichter antwortete: „Das stimmt. Frau Bräuer war sehr passiv. Ich gebe zu, daß die Frau mich nervös gemacht hat und ich sie auch schroff behandelt habe.“

Hierzu kam eine sehr merkwürdige Geschichte von Bispinvern zur Sprache. Bei Bräuer sind bekanntlich 103 Gramm Strichnium vorgefunden worden. Ueber die Herkunft des Giftes machte er jetzt die Angabe, daß er auf Anregung eines Bekannten sich sogenannte „Krähenaugen“ in einer Apotheke gekauft habe, um sie als Heilmittel in einem Verkaufsgeschäft zu vertreiben, ohne ihren Strichniumgehalt zu kennen. In Madenburg wird Strichnium nämlich als „Krähenaugen“ im Volksmund bezeichnet. Der Bekannte bestätigte zwar als Zeuge die Aussage von Bräuer, muß aber ganz offensichtlich andere „Krähenaugen“ gemeint haben, als die später angeblich von Bräuer gekauft und verwendeten.

Am Montag wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Es folgten die Plädoyers, in deren Verlauf Oberstaatsanwalt Dr. Müller gegen die beiden Angeklagten Bräuer und Krüger wegen Mordes und versuchten Betruges die Todesstrafe und den dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beantragte. Von dem Verteidiger ergriff sodann als erster Rechtsanwalt Bohm-Berlin das Wort. Er richtete einen Appell an die Geschworenen, sich nicht durch Gefühle und Antipathien beeinflussen zu lassen, sondern nur auf Grund festgestellter Tatsachen zu urteilen. Der von der Staatsanwaltschaft mit großem Fleiß zusammengestellte Indizienbeweis habe viele Lücken und sei in keiner Weise überzeugend. Besonders zu berücksichtigen sei, daß die Aussagen der Sachverständigen über die Lage des Unglücksorts und die der Zeugen über den Zeitpunkt der Hilfeleistung auseinandergingen. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung der Angeklagten. Der zweite Verteidiger Bräuers, Rechtsanwalt Dr. Wilsch-Neubrandenburg, ging auf die Indizien im einzelnen ein und erklärte sie sämtlich für nicht stichhaltig. Er beantragte die Freisprechung seines Klienten wegen Mangels an Beweisen, stellte aber eine Bestrafung wegen versuchten Betruges anheim. Die Plädoyers der Verteidiger des Angeklagten Krüger haben am Nachmittag um 4 Uhr begonnen.

Neue Raketen-Probefahrt.

Früh v. Opel will über 333 Stundenkilometer fahren.

Frankfurt a. M., 18. Juni.

Die Geschwindigkeitsversuche des Opel-Raketenwagens No. III sind endgültig auf Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr, festgelegt. Die Fahrt findet auf der schmalen Geraden der Burgwäld-Celler, nördlich von Hannover, statt. Das Versuchsprogramm umfaßt drei verschiedene Fahrten mit jeweils gesteigerter Geschwindigkeit. Sollen die Versuche den Erwartungen entsprechen und insbesondere die bisher unberechenbare Haftung des Fahrzeuges am Boden ausreichen, so wird Früh von Opel bei einem vierten Versuch

Funkwinkel.

Von dem Bundesfest der Arbeiter-Sänger in Hannover wurde am Sonntagabend Beethovens „Missa solennis“ auf alle Deutschlandsländer übertragen. Die Chöre wurden von der Volkshochschule Münden, die Solostimmen von ersten Sängern aus dem Reich gesungen. Den instrumentalen Teil bestritt das Berliner Philharmonische Orchester. Die hervorragenden Kräfte boten unter Prof. Arnold Schottenschnaiders Leitung eine vollendet schöne Aufführung des ergreifenden Werkes. Die Abendveranstaltung vom Montag brachte im Rahmen des internationalen Programmwechsels eine Choroaufführung aus Wien, wieder im kirchlichen Stil. Diese nicht ganz glückliche Aufeinanderfolge war diesmal nicht Schuld der Berliner Programmstelle. Als Ausnahme konnte man sie auch gern einmal in Kauf nehmen, zumal auch Wien eine Leistung von besonders hoher Qualität bot. Die Wiener Philharmoniker, der Staatsopernchor, die Wiener Sängerknaben und die Sänger Georg Raftl und Karl Eibl brachten unter Prof. Luzes Leitung Werke von Mozart und Schubert zu Gehör.

Ein interessanter Vortrag war am Sonntag Dr. Arnold Bahns „Reportage über Reporter“. Der Vortrag zeichnete im allgemeinen scharf und mit Verständnis das Porträt des vielseitig gebildeten Reporters.

Am Montag sprach Dr. Georg Roh über „Schülerwandern“. Vernünftig betrieben, ohne überladene Aufträge und ohne Reformmärche, sei das Wandern eine der besten Körperübungen. Durch immer zahlreichere Errichtungen von Schülerherbergen müssen wohlfeile Quartiere in ausgiebigem Maße geschaffen werden. — Temperamentvoll und im wesentlichen berechtigt waren die Anklagen, die der Rater Eugen Spiro in seinen Ausführungen „Rings um das Kunstausstellungswesen“ erhob. Berlin hat zwar zahlreiche, sogar zwei Kunstausstellungen. Aber wirklich repräsentative Kunsthäuser fehlen ihm, weil es nicht, wie andere kleinere Städte, die Mittel dafür aufbringt. Es liegt im Interesse der Reichshauptstadt wie im Interesse der Künstler, daß hier bald Vorbild geschaffen wird. I. es.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt

Die Wirtschaftskrise in Rußland.

Wie wirkt Stalins neuer Kurs?

Unter dem Druck der Opposition Trotzki's hat sich Stalin entschieden, einen ultralinken Kurs einzuschlagen. Diese verzweifelte Entscheidung hat verhängnisvolle Folgen gehabt. Der neue Kurs hat das berühmte linkskommunistische Programm der Opposition weit überflügelt. Der linke Kurs hat seine eigene Logik. Durch die Wirtschaftskrise letzten Endes geboren, führte er unermüdlich zu einer außerordentlichen Verschärfung der Wirtschaftslage in Rußland.

Getreidebeschaffung und Getreideausfuhr.

Die Getreidebeschaffungskampagne im Herbst des vorigen Jahres zeigte, daß die Bauernschaft nicht gewillt ist, ihre Erzeugnisse zu Spottpreisen zu entäußern und die großen Kosten der forcierten Industrialisierung zu tragen. Im Oktober 1927 wurden 1366 006 Tonnen Getreide angekauft, im November nur 820 750 Tonnen, im Dezember 788 084 Tonnen. Es gelang zwar nach dem Mittel der Gewalt die „passive Resistenz“ der Bauernschaft vorläufig zu brechen. Im Januar wurden wieder 1365 639 Tonnen, im Februar 2101 560 Tonnen bereitgestellt. Aber in den allerletzten Monaten scheint die Getreidebeschaffungskampagne wieder in eine Sackgasse geraten zu sein. Im März wurden nur 1202 300 Tonnen angekauft, im April und Mai ungefähr dieselbe Menge. Die Brotversorgung der Städte wird damit bedroht. Nicht viel besser steht es mit der Versorgung der Industrie mit den landwirtschaftlichen Rohmaterialien (Stroh usw.).

Unter diesen Umständen ist die Getreideausfuhr in der letzten Zeit so gut wie ausgeblieben. Vor dem Kriege erreichte die Getreideausfuhr bekanntlich 600 bis 700 Millionen Rubel (1 Rubel = 16 Kilogramm). In den letzten Jahren waren bis zum 1. April 1926 Millionen Rubel Getreide bereitgestellt und 153 Millionen Rubel ausgeführt. Im Wirtschaftsjahre 1927/28 waren bis zum 1. April nur 576 Millionen Rubel nur 27 Millionen Rubel ausgeführt. Das Bemühen der Sowjetregierung, den Ausfall der Getreideausfuhr durch den vermehrten Export anderer Produkte einigermaßen auszugleichen, konnte keinen Erfolg haben. Der gesamte Außenhandel Rußlands ist dadurch in der letzten Zeit schwer getroffen und auf eine ungesunde Grundlage gestellt. Seit Dezember vorigen Jahres wurde die Handelsbilanz passiv. In dem Halbjahr Oktober bis März 1927/28 beträgt die Passivität 53 Millionen Rubel.

Auch das Ausfuhrmonopol

Kann die ungünstigen Folgen des linken Kurses nicht beseitigen. Bie mehr trägt gerade das Außenhandelsmonopol stark dazu bei, daß die Wirtschaftslage in Rußland sich verschlimmert hat. In den gegenwärtigen Verhältnissen Rußlands bedeutet nämlich das Außenhandelsmonopol eine gewollte Selbstblockade, die gleichzeitig sowohl die russische Bauernschaft von dem Weltmarkt trennt als auch die notwendige Einfuhr nach Rußland von Maschinen und Verbrauchsgütern zu Weltmarktpreisen ungemein erschwert.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die handelspolitischen Beziehungen Rußlands sich in der letzten Zeit verschlechtert haben. Die liberale Jagd nach großen Auslandskrediten wird immer aussichtsloser. Um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, wird die Sowjetregierung gezwungen, große Mengen von Gold und Devisen nach dem Auslande auszuführen. Auf diese Weise wird indirekt die Grundlage der Tscherwonezmährung erschüttert. Und in der Tat sehen wir in der letzten Zeit, daß zwischen dem

Wert des Tscherwonez im Auslande

und dem in Rußland eine gewisse Angleichung stattfindet. Bekanntlich wird die Parität in Rußland nur künstlich gehalten. Die Kaufkraft des Tscherwonez in Rußland selbst ist viel geringer, als es die künstliche Parität zeigt. Die enormen Kosten der Industrialisierung vergrößern auch den Geldumlauf. Die Menge des umlaufenden Papiergeldes im Lande betrug am 1. Oktober 1925 — 1073,7 Millionen Rubel, am 1. Oktober 1926 — 1291,3 Millionen Rubel, am 1. Oktober 1927 — 1628 Millionen Rubel, am 1. Januar 1928 — 1867,7 Millionen Rubel, am 1. Februar 1928 — 1553,6 Millionen Rubel, am 1. April 1928 — 1518,3 Millionen Rubel und am 1. Mai 1928 — 1554,1 Millionen Rubel. Der Januar d. J. zeigte eine Rekordziffer. Der Sowjetregierung gelang es dann, die Menge des Papiergeldes auf 1518,3 Millionen Rubel zum 1. April herabzubringen. Aber schon zum 1. Mai war sie wieder auf 1554,1 Millionen Rubel gestiegen.

Die Deckung der Papiergeldemission durch Gold und Devisen sinkt in der letzten Zeit trotz allen Bemühungen der Sowjetregierung. Es war vorhanden

	Gold	Devisen in Millionen Rubel	Zusammen
Am 1. Oktober 1925	216,6	46,8	263,4
„ 1. „ 1926	183,9	51,2	235,1
„ 1. Mai 1927	189,8	83,8	273,6
„ 1. Oktober 1927	190,3	72,8	263,1
„ 1. Januar 1928	209,3	73,5	282,8
„ 1. April 1928	203,7	51,8	255,5

Mit anderen Worten betrug die wirkliche Deckung am 1. April dieses Jahres nur 16 Proz. der gesamten Papiergeldmenge.

Das Sinken der Kaufkraft im Lande kommt in der Steigerung sämtlicher Indexziffern zum Ausdruck:

Index der Privatmarktpreise 1913=100.

	Lebensmittel	Alle Index (46 Waren)
1. Oktober 1925	179,6	187,3
1. „ 1926	206,3	211,9
1. „ 1927	220,3	215,1
1. Januar 1928	230,9	223,1
1. März	229,9	222,6

Das Sinken der Tscherwonezkaufkraft führt naturgemäß zur Verschlechterung der Lage der breiten Volksmassen, vor allem der Arbeiter, deren an sich schon niedrige Löhne noch weniger wert werden. Und dies um so mehr, als die allgemeine Wirtschaftskrise der allerletzten Zeit auch die Staatsindustrie allmählich zu erfassen scheint. Bis zum März dieses Jahres befand sich die Gesamtproduktion der Großindustrie im Steigen.

	Zahl der Arbeiter	Wert der Produktion (in Tscherwonezpreisen) (in Milliarden Rubel)
1925 26	1 919 000	6 906,2
1926 27	2 008 000	8 272,2
Oktober 1927	2 073 000	760,2
November 1927	2 083 000	756,5
Dezember 1927	2 068 000	822,8
Januar 1928	2 129 000	841,7

Im März 1928 erreichte die Gesamtproduktion der Großindustrie 896 Millionen Tscherwonezrubel. Aber schon im April ist sie, wie es die „Ökonom. Schin“ vom 31. Mai berichtet, fast bis zum Oktoberniveau 1927 gesunken. Im Vergleich zum

März betrug der Rückgang 12,5 Proz. (in der Textilindustrie sogar 21 bis 28 Proz.). Auch im Mai dauerte diese Erscheinung fort. Dabei ist bemerkenswert, daß gerade die Lage in dem Donezgebiet als besonders bedroht angesehen wird.

Die Austrottung der „wirtschaftlichen Gegenrevolution“

(Die „Schachtel-Verfälschung“) scheint entgegengesetzte Folgen gehabt zu haben. Statt eines Steigens ist ein Sinken der Produktion zu buchen. Wie die „Handels- und Industriezeitung“ vom 7. Juni berichtet, sind in dem letzten Halbjahr Oktober—März nur 50 Proz. des Produktionsplans ausgeführt worden. „Der April“ so führt die Zeitung aus, „hat ein außerordentliches Sinken der Kohlen- und Anthrazitgewinnung mit sich gebracht... Er hat katastrophale Merkmale gezeigt, mit denen ein rückfälliger Kampf zu führen ist, wie wir es seinerzeit gegen die Frontdurchbrüche und die schlimmsten Niederlagen zu führen hatten.“

Es ist nur begreiflich, daß die Wirtschaftskrise auch in dem Wirtungen der neuen Kapitalinvestitionen (Bau neuer Fabriken, technische Umrüstung usw.) zum Vorschein kommt. Zwar sind für das Wirtschaftsjahr 1927/28 rund 1240 Millionen Rubel für die Kapitalinvestitionen, für die Umrüstung der alten und für den Bau neuer Fabriken bereitgestellt. Aber die Industrialisierung verlegt die Verantwortlichen selbst in Verzweiflung. Dabei entspricht das beschleunigte Tempo der Industrialisierung keineswegs den tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten der russischen Volkswirtschaft.

Die Wirtschaftspolitik der Bolschewisten gipfelt jetzt in der Parole der „Kollektivierung“ der gesamten Landwirtschaft. Diese Kollektivierung von oben der mehr als 25 Millionen Bauernwirtschaften ist ihrem Wesen nach eine linkskommunistische Utopie, die sicher ebenso scheitern wird, wie seinerzeit die Experimente Lenins auf dem Hochland.

Stalins „milde verwegene Jagd“ in der Richtung des Linkskommunismus rückt sich schon jetzt mit der verschärften Wirtschaftskrise. Die tatsächliche und zum Teil auch formelle Abschaffung der NEP bedeutet einen gefährlichen Sprung in den Abgrund. Die Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen der Bauernschaft und der Sowjetmacht wird immer breiter. Schon jetzt sind die Folgen des neuen linken Kurses für die sich so langsam erholende russische Volkswirtschaft unverkennbar.

Öffentliche und private Banken.

Von der Tagung des Verbandes öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten.

Auf der Tagung des Verbandes deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten in Danzig war zum ersten Male auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband vertreten. Der Verband betonte die Einheitlichkeit der Organisationsziele für Sparkassen und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten. Gegenüber den Bestrebungen der Privatbanken wurde ein geschlossenes Auftreten der beiden großen Gruppen verlangt.

Präsident Dr. Kleiner übte Kritik an der derzeitigen Haltung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen, wobei er die Freigabe des Auslandsmarktes für Anleihen öffentlich-rechtlicher Unternehmungen befürwortete. Präsident Schröder von der Preussischen Staatsbank wies darauf hin, daß die heutige Stellungnahme der Beratungsstelle vor allem durch reparationspolitische Gesichtspunkte bedingt sei, die gerade für die Aufnahme öffentlicher Anleihen von einschneidender Bedeutung seien.

Es würde unseres Erachtens durchaus im Interesse der Öffentlichkeit liegen, wenn über diese reparationspolitischen Gesichtspunkte nicht nur immer getuschelt, sondern endlich öffentlich darüber gesprochen würde. Finanzpolitische „Geschäfts“geheimnisse waren noch immer ein übles Ding.

Teure Umschuldungskredite.

Mit Tilgung über 9 Proz.

Die für die Durchführung des landwirtschaftlichen Rotprogramms vorgesehene Umschuldungsaktion wird eine ziemlich teure Angelegenheit. Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ meldet, beträgt die Verzinsung der Umschuldungshypotheken 6½ Proz., als Tilgungsquote werden 1,17 Proz., als Vermaltungskostenbeitrag ¼ Proz. gerechnet. Da die Auszahlung der Hypothekengelder voraussichtlich mit rund 93 Proz. erfolgen wird, beträgt die Gesamtbelastung des umgeschuldeten Landwirtes über 9 Proz.

Die Umschuldungsaktion dient zur Umwandlung drückender schwebender Schulden in langfristige Kredite. Roggenkrediten sind den schwebenden Schulden gleichgestellt. Die Kredite dürfen nur an die Inhaber solcher Betriebe gewährt werden, die zur rationalen Fortführung der Betriebe des Kredites bedürfen und bei denen eine rationale Führung der Betriebe nach der Gewährung der Umschuldungskredite zu erwarten ist. Auch an Kleinbauern sollen Umschuldungskredite gewährt werden. Auf hypothekarietliche Sicherung soll verzichtet werden, wenn insbesondere durch die persönliche Leistungsfähigkeit der Inhaber eine anderweitige hinreichende Sicherheit gegeben ist. Als Kleinbauern gelten Inhaber solcher landwirtschaftlicher Betriebe, die wegen ihres geringen Umfangs und Wertes oder der Zersplitterung ihrer Teilstücke eine hypothekarietliche Beleihung nicht oder nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten und Kosten möglich machen. Der Betrieb muß die wesentliche Existenzgrundlage des Besitzers bilden.

Die Bewerber für ein Umschuldungsdarlehen haben sich zur Vorbereitung des Antrages möglichst des Personalkreditinstitutes zu bedienen, mit dem sie vorzugsweise in Verbindung stehen.

Konsumvereine weiter aufwärts.

20 Prozent mehr Umsatz gegen das erste Vierteljahr 1927.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine veröffentlicht für das erste Vierteljahr 1928 wieder eine sehr günstige Umsatzbilanz. Gegenüber dem Weichheitsvierteljahr ist der Gesamtumsatz bei den berichtenden Konsumvereinen von über 400 Mitgliedern mit 244,2 Millionen — wie alljährlich — natürlich zurückgegangen. Gegenüber dem vergleichbaren ersten Vierteljahr 1927 liegt aber eine Steigerung um rund 38 Millionen Mark oder um fast 20 Proz. vor. Der Umsatz je Mitglied hat sich gegenüber dem ersten Quartal 1927 noch stärker, nämlich von 63,55 M. auf 85,05 M. erhöht.

Der Anteil des G. E. B. - Umsatzes am Gesamtumsatz der berichtenden Vereine ist ebenfalls gestiegen. Er erhöhte sich von 78,4 auf 100,6 Millionen, was einer Steigerung des Anteils von

38 auf 41,18 Proz. entspricht. Einen Rekord bedeutet der Umsatz der G. E. B. - Fabriken. Er stieg gegenüber 1927 von 13,1 auf 24,9 Millionen, was einer Steigerung des Anteils des eigenen Fabrikumsatzes am Gesamtumsatz der Vereine von 6,34 auf 10,20 Proz. entspricht. Noch stärker ist der Anteil des eigenen Fabrikumsatzes am Umsatz der G. E. B. erhöht. Gegenüber 16,70 Proz. im ersten Vierteljahr 1927 betrug er im ersten Vierteljahr 1928 nicht weniger als 24,77 Proz. oder fast ein Viertel. Ein Viertel von allem, was die Großeinkaufsgesellschaft heute den Vereinen zur Verfügung stellt, wird also bereits in eigenen Fabriken und Betrieben erzeugt!

Das Wachstum der Spareinlagen war wieder sehr beträchtlich. Gegenüber dem letzten Vierteljahr 1927 erhöhten sich die Einlagen von 205,9 auf 233,6 Millionen Mark. Davon sind nahezu 200 Millionen neue Spareinlagen, da nur etwa 40 Millionen auf aufgewertete Einlagen entfallen.

198 Städte-Anleihen genehmigt.

Die Beratungsstelle im Reichsfinanzministerium hat nach den vorliegenden Meldungen jetzt alle kommunalen Anleiheanträge geprüft. Sie hat die Genehmigung für insgesamt 198 Anträge auf Auslandsanleihen deutscher Städte erteilt, der zunächst aus dem Erlös der kürzlich in New York aufgelegten 17½-Millionen-Dollaranleihe eine Teilauszahlung von 46 Prozent folgen soll. Es dürften also insgesamt Anleihen im Betrage von etwa 150 Millionen Mark von der Beratungsstelle zugelassen worden sein. Das macht die Auflegung einer zweiten Anleihe erforderlich, von deren Abschluß bisher noch nichts bekanntgeworden ist.

Aufstieg des Märkischen Elektrizitätswerks.

Ein gutes Betriebsergebnis für 1927 hat die Märkische Elektrizitätswerke A. G. Berlin aufzuweisen. Die 30 Millionen Mark Aktien der Gesellschaft gehören der Provinz Brandenburg bzw. ihren Kreisen und Städten, so daß sich das Unternehmen zu 100 Prozent in der öffentlichen Hand befindet.

Der Stromabsatz, der schon 1926 eine Steigerung um 10,4 Proz. zeigte, hat sich im letzten Jahr sprunghaft um rund 115 auf fast 428 Millionen Kilowattstunden, also um 37,1 Proz. erhöht. Die weitere Senkung der Stromverkaufspreise um 14,4 Prozent ist zu begrüßen. Die Gesellschaft hat aus dieser vernünftigen Preispolitik auch keinen Einnahmefall geholt, sondern ist durch den erhöhten Umsatz und die rationellere Ausnutzung der Betriebsanlagen reichlich entschädigt worden.

Der sehr guten Betriebslage entsprechen die finanziellen Ergebnisse. Bei gleich hoher Dividende von 10 Proz. wird ein um eine Million Mark erhöhter Reingewinn von 4,1 Millionen Mark ausgewiesen. Da Abschreibungen und Rückstellungen ganz bedeutend von 9,6 auf 11,7 Millionen Mark heraufgesetzt wurden, ist der tatsächliche Ertrag des Jahres noch höher zu veranschlagen. Obwohl die Gesellschaft die beabsichtigte Kapitalerhöhung um 20 auf 50 Millionen Mark im Vorjahr nicht vornehmen konnte, hat sie ihren Anlagebesitz doch ohne Schwierigkeiten aus laufenden Mitteln ausbauen und erweitern können. Der Geschäftsbericht weist besonders auf die Ausbauten im Werk Finkenheerd hin, nach deren Fertigstellung allein die Leistung dieses Betriebes auf 130 000 Kilowatt erhöht wird. In den Braunkohlengruben wird die Großförderung noch in diesem Sommer durchgeführt.

Auf der Generalversammlung wurden zwei Verwaltungsmitglieder der Commerzwerke A. G. in den Aufsichtsrat gewählt, da zwischen den beiden Gesellschaften ein Vertrag abgeschlossen ist, wonach die Commerzwerke den größten Teil ihres Strombedarfs künftig von der Märkischen Elektrizitätsgesellschaft beziehen werden.

Eine bayerische Zugspitzbahn.

Bayern hat lange danach gestrebt, vom bayerischen Boden aus eine Bahn auf den fast 3000 Meter hohen Zugspitzgipfel zu führen. Diese Bahn wird jetzt gebaut. Die Baufrist läuft bis zum 31. Dezember 1932. Zu diesem Zweck ist am 18. Juni in München die Bayerische Zugspitzbahn A. G. mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark und dem Sitz in Garmisch-Partenkirchen gegründet worden. Die Bahn läuft vom Bahnhof Garmisch-Partenkirchen über Eibsee zum Platt, eine Standseilbahn führt vom Platt auf den Zugspitzgipfel. Unter den Gründern befindet sich neben der allgemeinen Lokalbahn und Kraftwerke A. G. Berlin und der Bank elektrischer Wert Berlin auch die A. E. G.

Ruhrgas oder Saargas für Hessen. Zu unserem Sonntagsartikel „Ruhrgas und Saargas“, in dem wir von der Bernadaktung der Saarinteressen durch das preussische Handelsministerium sprachen, erfahren wir nachträglich, daß unsere aus sonst zuverlässiger Quelle gegebene Darstellung nicht ganz den Tatsachen entspricht. Möglicherweise seien es hessische Kreise, die an dem schnellen Abschluß eines Lieferungsvertrages mit der Ruhrgas A. G. in Essen interessiert seien. — In der Tat müßte es die Deutscherleiheit begrüßen, wenn das preussische Handelsministerium, wie es sich für die Saar-Elektrointeressen einsetzte, auch die Saar-Gasinteressen mit Nachdruck wahrnehmen würde. Das würde der Wendung entsprechen, die wir für die Politik des preussischen Handelsministeriums vor wenigen Wochen noch dringend zu fordern gezwungen wurden.

General-Motors montiert jetzt in Berlin täglich 200 Wagen. Wie die Direktion der General-Motors G. m. b. H. in Berlin mitteilen läßt, ist das Montagewerk des amerikanischen Großtrusts in Berlin-Borsigwalde durch den Einbau eines zweiten laufenden Bandes für die Chassis-Montage bedeutend erweitert worden. Die Leistungsfähigkeit des Berliner Werks, in dem jetzt rund 2200 deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, hatte damit über 200 Wagen täglich erreicht. Die Kosten der von deutschen Firmen ausgeführten Neuanlagen betragen über 1 Mill. M.

Dritter Allgemeiner Deutscher Bauereinstag. Am 23. Juni 1928 hält der Hauptvorstand Deutscher Bauernoffenschafter in Flensburg seinen Dritten Allgemeinen Deutschen Bauereinstag ab. Im Vordergrund der Tagung steht die Finanzierung des Kleinwohnungsbaues. Weitere Verhandlungsgegenstände bilden die Selbsthilfe der Bauernoffenschafter und das Zusammenwirken zwischen Bauernoffenschaftern und Gemeinden, das in den letzten Jahren sehr dazu beigetragen hat, die Wohnungsnot in den Städten teilweise zu beseitigen. Mit der Tagung ist das 50-jährige Jubiläum des Arbeiterbauvereins in Flensburg verbunden, des ältesten deutschen Bauvereins. Den Schluß der Tagung bildet eine Besichtigung von Siedlungen und eine Fahrt nach Westerland auf Sylt.

GEGEN
Haemorrhoiden
DAS VON DER ÄRZTLICHEN
WISSENSCHAFT ANERKANNTE
Salbe RM. 1,75
Zäpfchen RM. 2,65
Posterisan
In 60 Apotheken erhältlich

Die Verbrecherjagd.

Von Trude C. Schulz.

Karl Warnke konnte man keine schlimmere Beleidigung zuzühen, als ihn „Anstreicher“ zu nennen. Er pflegte auf die Frage nach seinem Beruf schlicht und gelassen zu antworten: „Ich bin Maler.“ In seiner Freizeit pinxelte er mit der Leidenschaft eines Genies an Ölgemälden und Aquarellen. Doch der „künstlerische Sauch“, der nach seiner Meinung über diesen Bildern lag, mußte beim Trocknen der Farben verdunsten. Jedenfalls hat kein anderer Tierkünstler ihn je wahrgenommen.

Man sieht aber, daß Karl Warnke Ehrgeiz und Selbstgefühl besaß. Es schmerzte ihn tief, daß er als verkanntes Genie sich kein Brot damit verdienen mußte, Zimmer „auszumalen“. Das war eine der Votabeln, mit der sich Karl die Bitterkeit seines Daseins verführte. In dem nordöstlichen Stadtviertel, in dem er lebte und wühlte, gab es zwar keine Brunkräume mit Wandgemälden zu schmücken, und Karl mußte sich im allgemeinen damit begnügen, Fußböden mit brauner, Zimmerdecken mit weißer und Wände mit bunter Farbe zu überziehen. Auf die oberen Abzweigungsstreifen der Wände verwandte er dann allerdings sehr viel Kunst und pinxelte die schwierigsten Schablonen auf. Doch um diese Arbeit genügend würdigen zu können, hätten die Bewohner der Zimmer auf Leitern leben müssen. Denn der nur schlicht auf dem Fußboden stand, fehlte die richtige Perspektive für diese Meisterwerke.

Einstmal zwar hatte Karl das Glück gehabt. Ihm war der Auftrag zuteil geworden, die gute Stube des Reichmanns aus der Lungen Straße mit rosenumrankten Schieferjensen zu dekorieren, und er entließte sich seiner Aufgabe so vollendet, daß alle, die die Malerei bewundern durften, davon hingerissen waren. Aber schließlich mußten die Kuhbaum-Ruschel-Möbel doch wieder in dem Raum untergebracht werden, und von den Schwestern und Schwestern blieben im günstigsten Falle nur noch zunehmende oder abnehmende Viertel übrig. Durch den Trumeau und das Vertiko wurden zwei jätische Liebespärchen sogar vollständig verfinstert, und von ihrer Existenz zeugten nur noch Protuberanzen in Gestalt von Matternen Armen, Beinen und Bändern. Man kann es also der Frau des Reichmanns nicht einmal verdenken, wenn sie am Ende erklärte, daß die großen Kosten für diese Gemälde doch eigentlich umsonst aufgewendet seien und eine elegante Tapete mit Blumenranken ebenjotig ihren Zweck erfüllt hätte.

Karl blieb also ein verkanntes Genie. Eines Tages aber wurde durch die Tageszeitungen sein Name in Sperrdruck der Welt verhängt. Ein Blatt nannte ihn sogar „Herr Kunstmaler Warnke“ und schilberte in zehn Zeilen zu je neunzehn Silben eingehend den scharfen Blick seines geübten Künstlerauges. Karl Warnke platze beinahe vor Stolz, als er den Bericht las, und kaufte sich umgeben einige Dutzend Kammern der Ausgabe, so daß infolge der überaus raschen Umlagerhöhung die Herausgeber des Blättchens zu einer Auflagenerhöhung schritten, was ihren Bankrott wesentlich beschleunigte.

Dies aber ist das Erlebnis, das Karl zu seiner Berühmtheit verhalf:

In einem Montag mittag im April trat Karl Warnke in das Geschäft seiner Frau. Denn da die Kunst seit reichlich klingenden Lohn abwirft, war auch Frau Warnke genötigt, ihr Scherstein zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Es war, an dem Geometrie kommen gemessen, sogar ein außerordentlich großes Scherlein. Aber Frau Warnke erwähnte diese Tatsache nie, da sie in Wahrheit ein gutes Geheimnis war.

Sie verkaufte Seife, Soda, Brennspiritus, Scheuerbürsten, Streichhölzer und ähnliches. Herr Warnke hielt sich an den wohlriechenden Teil ihrer Handelsartikel, der aus parfümierter Seife und einigen Flaschen Eau de Cologne bestand, und sprach stets nur von dem „Parfümeriegeschäft“ seiner Frau.

In dieses Parfümeriegeschäft, in dem es immer perders nach Petroleum roch, kam also, im fordenbeiprigen Malerittel, der mittagshungerige Karl. Ein junges Mädchen, das soeben ihren Einkauf beendet hatte, wandte sich zur Tür. Karl blickte in ein pikant geschnittenes blaßes Gesicht, das von tief-schwarzem Haar umrahmt war.

„Wer war denn das?“ fragte er neugierig und möglichst wenig interessiert seine Frau, als die Schöne den Laden verlassen hatte. Frau Warnke überhörte die Frage. Sie polierte eifrig an einem Silberstück und zeigte es dann ihrem Manne: „Sieh mal, ein ganz neues Fünfmarsstück.“ Sie hatte für sehr blaues Silber eine kindliche Vorliebe, die Karl sonst verpötte. Doch — vielleicht, um seine augenblickliche Gedankenfunde zu verheimlichen — diesmal nahm er das Geldstück entgegen. Während er es scheinbar verständnisvoll bewundernd betrachtete, lächelte ihm ein schönes Mädchen gesicht übertränkt von schwarzem Haar, aus dem Silberglanz zu. Er starrte so lange darauf, bis seine Frau sich schließlich nervös erkundigte: „Was ist denn mit dem Geld los? Es ist doch nicht etwa falsch?“

Da wachte Karl aus seinen Träumen auf. „Nein,“ stotterte er, „nein, es scheint doch nicht.“ Dabei drehte er das Geldstück wie prüfend in seiner Hand. Doch plötzlich wurde ihm mit Schrecken offenbar, daß er eine sogar ziemlich plumpe Fälschung vor sich hatte. Es war überflüssig, daß er sich noch durch das bleierne Klappern auf der Tischplatte davon überzeugte.

In den wenigen Sekunden war Karl bereits ein leidenschaftlicher Liebhaber der unbekannt Schönen geworden. Nun hatte keine Spannung ein Ventil gefunden. Aus seiner Enttäuschung und der Verlegenheit, die er seiner Frau gegenüber empfand, entstand ein wilder Zorn. „Ach fragte dich schon einmal, wer das Mädchen war!“ donnerte er seine entsetzte Gattin an. „Natürlich ist das Geld falsch.“

„Mein Gott!“ schrie Frau Warnke erschreckt, „ich kenne sie ja gar nicht!“ Aber da war Karl schon im Sturmsturm zur Tür hinaus.

Es hatte geschneit, in großen, weichen Flecken, die auf der Erde in zähem Schmutz zerfloßen waren. Wohin konnte sich die Käuferin gewandt haben? Schräg vor dem Laden war das Straßengitter aufgerissen. In dem schlammigen Erdreich erkannte Karl Abdrücke eines außerordentlich zierlichen Damenschuhs, der sich immerhin von dem Geschäft her fortbewegt haben konnte. Ohne die Gründe, die ihn dazu veranlaßten, näher zu prüfen, beschloß Karl, die angezeigte Richtung einzuschlagen.

Die Straße war auf einer ziemlich langen Strecke von keiner Kreuzung unterbrochen. Falls die betrügerische Käuferin in eins der nahen Häuser geschlüpft war, bestand wenigstens im Augenblick keinerlei Hoffnung, sie zu erwischen. Doch diesseits war sie in die

Auf der Kurischen Nehrung.

Die Dünenwelt.

Im Nordosten Deutschlands, zwischen Hoff und See, liegt ein schmaler Landstreifen von erhabener Schönheit, die Kurische Nehrung. Sie ist ein Kind des Meeres und des Windes. Die Wellen haben Felsblöcke zertrümmert, die Bruchstücke aneinandergestoßen und gerieben, bis nichts von ihnen blieb als feinstes Sand. Und dann trugen sie die Millionen und aber Millionen Sandkörner zusammen und häuften sie höher und höher in Jahrtausende langer Arbeit. Niemals rastend, niemals ermüdet. Und als nun endlich die Sandbank über die Oberfläche des Meeres hinausragte — wie ein Kind, das seiner Mutter über den Kopf gewachsen ist —, da lehnte der Wind fort, was die Bogen begonnen hatten. Er türmte aus den geschliffenen, gelblichen Körnern Berge auf von imposanter Größe, die Dünen. Sanft steigen sie von der Seeferse her an und fallen dann — manche aus einer Höhe von über 60 Metern — steil zum Hoff ab. Sie haben einen Grat, so schmal und scharf wie eines Messers Schneide.

Der Wanderer, der hier oben nordwärts strebt, hat zu seiner Rechten das graugrüne Hoff, von vielen weißen und rotbraunen Segeln belebt. In der Ferne sieht er noch die Rauchfahne des Dampfers, der vor einer Stunde vorbeifuhr. Wendet er sich zur Linken, so schweift sein Blick über die Poststraße am Fuße der Düne, über den Kieferwald hinter ihr bis auf die bläulich schimmernde See. Wo der Wald fehlt, und an seiner Stelle eine ebene Heidefläche sich ausbreitet, ist von hier oben auch die niedrige, mit Strandhafer bespaltete Seebüne zu sehen. Zwischen ihr und dem Nadelwald liegt meist noch ein schmaler, mit Birken und Erlen bestandener Streifen. An manchen Stellen verbreitert er sich und ist dann von einem schier unüberdringlichen Dickicht bewachsen. Hier haufen die Elche, die letzten einer aussterbenden Rasse.

Das herrlichste einer Nehrungswanderung aber bleibt die Dünenwelt. An einsamer Stelle dort zu liegen, nichts weiter zu sehen als gelben Sand ringsum und das blaue Himmelsgewölbe darüber und zu träumen, das ist ein Erlebnis, das nur die Feder eines Dichters zu schildern vermag.

Rossitten.

Das Dorf liegt an der breitesten Stelle der Nehrung. Der Weg, der durch schattigen Wald vom Hoff zur See führt, ist etwa drei Kilometer lang. Südlich von Rossitten hat die Gegend das Gepräge der Nehrungslandschaft verloren, man sieht Wiesen und Felder. Nördlich von ihm aber steigt sich der unterbrochene Dünenzug wieder fort.

Was der gelegentliche Besucher des Dorfes meist zuerst aufsucht, ist die Vogelwarte. Die Kurische Nehrung ist eine der Hauptstraßen des Vogelzugs, dessen wissenschaftlicher Erforschung die Vogelwarte dient. Tausende von Vögeln lassen sich im Spätsommer und Herbst auf der großen „Vogelmiese“ zur Ruhe nieder. Ein Teil wird gefangen, „beringt“ und dann wieder fliegen gelassen. Der Ring trägt die Aufschrift: „Vogelmiese Rossitten, Germania.“ Wird nun auf seinem weiteren Flug oder am Ueberwinterungsort der Vogel erschossen oder gefangen, und gerät der Ring in die Hände eines Menschen, der ihn nicht achtlos fortwirft, so erhält ihn die Vogelwarte in den meisten Fällen mit Angabe des Schuportes zurückgesandt. Auf diese Weise gelingt es allmählich, die Fluglinien unserer Zugvögel festzustellen.

Es kommt oft vor, daß der Fremde in Rossitten sich eine gebrauchte Laube zur Mahlzeit bestellt, dagegen eine junge Krähe vorgerichtet bekommt und es nicht einmal merkt. Denn diese Vögel mit der unangenehmen Stimme, die anderswo durchaus nicht geschätzt werden, erfreuen sich bei den Rossittenern großer Beliebtheit und werden von alt und jung gern gefangen und gegessen. Der Krähensfang geht auf folgende Weise vor sich. Ein paar angebundene Todvögel sitzen am Boden. Neben ihnen, leicht mit Sand bedeckt, ein Reh, das sich durch einen rasken Handgriff ausbreiten läßt und dann einige Quadratmeter überspannt. Im Gehäuf versteckt sitzen die Jäger. Zeigt sich ein Krähenschwarm in der Luft, so beginnen die gefesselten Tiere zu schreien. Ihre Genossen hören sie und fallen rund um sie her ein. Nun wird das Reh über die Krähen geschoben, und was nicht darunter geraten ist, entflieht erschrocken. Einen der Gefangenen nach dem anderen holt man dann hervor und drückt ihm mit den Fingern den Schädel ein. Aufsichtskarten mit der Aufschrift „Krahebieters“ zeigen den Einwohner bei dieser appetitlichen Beschäftigung.

Pillkopen.

Das kleine Fischerdörfchen liegt etwa zehn Minuten seit der Poststraße einlam verträumt an der Hoffküste. Nicht immer haben die Pillkopper Fischer hier gewohnt. Im Anfang des 18. Jahr-

hunderts noch lag ihre Siedlung an einer andern Stelle der Küste. Aber der wehende Sand, die Wanderdüne, hat sie von dort vertrieben. Sie sahen den gelblich weißen Berg, einem gefräßigen Unfler gleich, langsam auf ihre strohgedeckten Holzhäuschen zuschleichen. Jedes Jahr kam er ein paar Meter näher. Und eines Tages wäre dann der feine Sand über die Türschwelle des Hauses gerieft, das der Düne am nächsten lag. Er wäre höher und immer höher gestiegen, hätte zuerst die Fenster verdunkelt und schließlich das ganze Gebilde von Menschenhand verschlungen. Zwar sind die Dünen, die das heutige Dorf umranden, auch heute noch naht und laht; aber ein junger Kieferwald an der Seeferse, hart hinter der Seebüne, verhindert ein weiteres Anwachsen der Sandmassen.

Den größten Teil der Lebensmittel müssen sich die Bewohner Pillkopens, wie die aller Nehrungsdörfer, vom Festland herüberholen. Denn Getreide kann auf dem Sandboden nicht angebaut werden, und auch die Kartoffelernte liefert nur spärlichen Ertrag. In den Warttagen segeln dann die Nehrunger in städtischer Flotte zu den Marktstellen des Festlandes, veräußern dort ihre Fische und kaufen ein, was sie brauchen. Auch das Heu für die Winterfütterung muß von den Niederungen jenseits des Hoffes geholt werden. Hoch beladen gleiten Ende August die großen Rähne heran. Infolge ihres Tiefganges können sie aber nicht bis an das flache Ufer gelangen, sondern müssen etwa hundert Meter draußen ankern. Dann fahren die Leiternwagen bis an die Äschen ins Wasser hinein, damit das Heu umgeladen und in die Scheune gebracht werden kann.

Zur Winterszeit wird es hier noch einsamer, als es im Sommer schon ist. Solange das Eis noch nicht hält, sind die Fischer an ihre Hütten gefesselt. Ist es aber fest, so bringen sie ihre Segelschiffen hinaus oder fahren mit Pferden über die glatte, blanke Fläche, sei es zum Fischen, sei es zum Einkauf in die Festlandsdörfer. Man sagt, daß sich der Nehrunger schon dann auf Eis wagt, wenn der darauf gewortene schwere Handschuh nicht durchbricht. Ist diese Behauptung auch übertrieben, so illustriert sie doch den Wagemut der Nehrungsbewohner. Die bei starkem Frost entstehenden Risse bilden für ihn kein Hindernis, wenn sie nicht ungewöhnlich breit sind. Spalten bis zu einem Meter nehmen die Pferde im Sprung und reiten den Schritten hinter sich nach über den klaffenden Riß. Oft kommt es aber auch vor, daß Tiere einbrechen. Dann gilt es, sie rasch loszuschneiden und mit langen Stangen aufs feste Eis zu heben. Ein Mann allein kann das nicht schaffen, und bis er Hilfe herbeigeht hat, sind die armen Geschöpfe meist längst erfroren.

Von alledem erfährt der Sommergast nichts. Denn der Nehrunger ist wortfarg, und man muß schon eifrig Schnäpfe oder steife Groggs mit ihm getrunken haben, bevor er aus sich herausgeht und ins Erzählen kommt.

Ridden.

Wenn man auf der Nehrung die Poststraße entlang von Säden her gen Ridden wandert, so hat man während der letzten 10 Kilometer immer den Riddener Leuchtturm vor sich. Er ist auf einer bewaldeten Düne erbaut und gemährt einen prächtigen Rundblick.

Aber Ridden bietet dem Besucher auch noch andere Reize. Es ist der Badeort, der am meisten das Gepräge der Nehrung zeigt: in dem von einer Steinmauer umfriedeten Hafen wie auch am übrigen Hoffstrand die großen schweren Fischerfahne, die zum Trocknen ausgehängten Rege, die sandige Straße, unmittelbar hinter dem langgestreckten Dorf der Kieferwald und die Volkstracht der litauischen Frauen beim Kirchgang, weite, düst plüffierte Röcke, weiße Blusen und bunte Kopftücher mit eingewebten farbigen Mustern. Rechnet man dazu noch die Annehmlichkeit der günstigen Dampferverbindung und der Unterkunstmöglichkeit, das Badeleben mit seinem frühlichen Treiben, das man je nach Bedürfnis mitmachen oder stehen kann, so erklärt es sich, daß gerade dieser Ort von Künstlern bevorzugt wird. Die Veranda des Gasthauses Hermann Blade, das am Ende des Dorfes liegt, enthält eine reiche Sammlung Bilder und Zeichnungen von Malern, die hier gewohnt haben. Bekannte Namen findet man darunter, z. B. Max Beckstein und Bischoff Culin. Ob die Künstler lediglich aus Dank für den angenehmen Aufenthalt diese Bilder ihrem Bild verzeihen oder ob sie einen Teil ihrer Beche damit bezahlt haben, ist eine offene Frage.

Doch nicht nur kunstverständige, sondern auch romantische Gemüter finden auf der Veranda hier ihr Genüge. Wenn des Nachts der Mondschein auf der stillen Wasserfläche ruht, von jenseits des Hoffes die Leuchtfeuer von Windenburg und Kupertshof herüberblinzen, dann mögen sie da sitzen, hinaus schauen und an Venau und Heine denken. Walter Lange.

Bewegliche Lettern, eine Erfindung der Römer. Ueberall wo einst die Macht Roms geherrscht hat, findet man heute die Zeugen der höchentwickelten römischen Kultur. Unter diesen verdienen die Erzeugnisse der keramischen Industrie, die besonders am Rhein (Mainz, Neuch, Xanten) in hoher Blüte stand, insofern unser Interesse, als die auf den Tonwaren eingeprehten Schriftzüge mit beweglichen Lettern hergestellt sind. Die Fabrikate der römischen Töpferkunst, wie Krüge, Töpfe, Schüsseln, Lampen und dergl., zeichnen sich durch eine außerordentliche Sorgfalt der Bearbeitung und große Schönheit in Form und Farbe aus. Vor allem die aus dem kostbaren schwarzen Ton (terra nigra) und der roten Siegel-erde (terra sigillata) verfertigten Gegenstände erregen noch heute durch ihre gleichmäßig schöne Farbe und ihre scharf ausgeprägten Reliefdarstellungen unsere Bewunderung. Viele dieser kleinen Kunstwerke tragen sogar eine „Fabrikmarke“, entweder den Stempel des Fabrikbesizers allein oder in Verbindung mit dem Namen des Arbeiters. Bei den von derselben Hand verfertigten Fabrikaten fällt es nun auf, daß die Fabrikstempel keine Abweichungen zeigen: hier stehen einzelne Buchstaben auf dem Kopf, dort fehlt ein Buchstabe, mitunter hat sich ein falscher Buchstabe eingeschlichen oder es fehlt auf einer Serie von Waren etwa dem Buchstaben A immer der Querstrich. Dies läßt nur die eine Erklärung zu, daß die Römer bereits bewegliche Lettern für ihre Siegelstempel benutzt haben. Daß sie bei ihrem praktischen Sinn und ihrer technischen Begabung nicht den nächstliegenden Schritt taten und die beweglichen Lettern nicht auch zum Druck von Büchern verwendeten, mag seinen Grund darin haben, daß die Verwirklichung von Schriftzügen durch Stempelhand den Bedürfnissen jener Zeit voll und ganz genügte.

erste Querstraße eingebogen? Karl roste nordwärts, unbekümmert darum, daß er Menschen anrannte und Schimpfworte hinter ihm herflohen. An der Ecke sah er sich um. In ziemlicher Entfernung erblickte er schwarzes Haar, ohne daß die Besitzerin zu unterscheiden gewesen wäre. Nicht sehr hoffnungsvoll hielt er darauf zu. Aber das Glück war ihm günstig gewesen. Er verlangsamte seinen Schritt, um „sie“ nicht aufmerksom werden zu lassen. Erst als er ganz dicht hinter ihr stand, legte er ihre Hand auf die Schulter mit jener Geste, die Kriminalbeamte im Film in solchen Fällen haben.

„Halt,“ sagte er schmer und mächtig. Das Mädchen drehte sich um. Ein blispchnelles Erkennen schien über ihr Gesicht zu huschen, als sie Karl vor sich sah. Bewies es Schuldgefühl oder war es nur ein Zusammenzucken vor der unerwarteten Verführung?

„Sie dachten wohl, Sie könnten uns ein falsches Fünfmarsstück andrehen?“ fragte Karl höhnisch. Langsam überslutete eine dunkle Rüte das Gesicht der Schönen. „Was,“ stammelte sie, „was denn, ich... ich habe doch gar nicht...“

„Sie haben,“ fuhr Karl unerbittlich fort, „mit diesem falschen Fünfmarsstück bezahlt.“

„Ja,“ sagte sie leise und blickte Karl dabei so hoffnungsvoll an, als könne der durch seinen bloßen Willen falsches Geld in echtes verwandeln, „ja, und das ist wirklich falsch!“

Als sie den unerschütterlichen Ernst in seiner Miene sah — der Zorn war jetzt daraus verschwunden — begann sie bitterlich zu weinen. „Ach muß das irgendwas herausbekommen haben,“ jammerte sie, „es ist mein letztes Geld!“ (Schluß folgt.)

